2012 #1

[M.A.U.G.]

Magenkrämpfe auf unwegsamem Gelände

Ein Gesellschaftsmagazin

Bildung | Ausbildung | Wissenschaft

Arbeit | Elterngeld

Impressum

V.i.S.d.P.
Harry Aldous Rain & Thomas Gerber
Konrad-Adenauer-Allee 227
28199 Bremen

Reaktionen / Kritik / Wünsche / Abo
unwegsam@gmx.de
(Du kannst uns gerne auch deinen public-key schicken)

Layout/Fotos
Zora Hünermann
Rasmus Rienecker

Postfach
Magenkrämpfe auf unwegsamem Gelände
St. Paulistraße 10/12
28203 Bremen

Mehr unter
http://gesellschaftsmagazin.wordpress.com

Selbstverständnis & Editorial

20 ELLEN LEINWAND = 1 ROCK
(K. Marx)

Wenn Du dies liest, können wir Dich nur beglückwünschen. Du hälst die erste Ausabe der Magenkrämpfe auf unwegsamem Gelände [MAUG] in den Händen und wir versprechen Dir: Das hier ist auf keinen Fall ein Griff ins Klo. Wir sind ein loser Zirkel von Autor_innen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Artikel, Geschichten und Fotos zu Zuständen zu veröffentlichen, die in unseren Augen nicht weiter hinnehmbar sind. Jede Ausgabe soll sich einem bestimmten Hauptthema widmen, was jedoch nicht bedeutet, dass sich alle Texte immer nur auf den einen Gegenstandsbereich beziehen. Angesprochen sollen nicht nur der Akademie affine Menschen und jene aus dem linken Diskurs sein, sondern alle, die an unseren Themen interessiert sind. Deshalb setzen wir uns u.a. zum Ziel auf Reaktionen der Leser_innen in den nachfolgenden Ausgaben und auf unserer Homepage (www.gesellschaftsmagazin.wordpress.com) zu reagieren. Wir sind kein Parteiorgan, mögen aber auch keinen schlechten Pluralismus, weshalb uns viel an der Diskussion & Klärung bei grundlegenden Differenzen liegt. Die vorliegende Ausgabe beschäftigt sich mit dem Thema Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Hochschulreformen. Die Ausbildung ist zum einen eine Erfahrung, die alle, ob kurz oder lang, machen und die uns prägt, zum anderen hat sich in Deutschland im letzten Jahrzehnt so viel an den Schulen, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen getan wie seit Langem nicht mehr. Grund genug sich mal ausführlicher und abseits der tagespolitischen Reform-Debatten mit diesem riesigen Wulst zu beschäftigen. Schritt für Schritt, von verschiedenen Seiten aus. Darüber hinaus findet sich im Heft ein Artikel zum Elterngeld, welcher anhand dieser Gesetzesreform einigen Grundlagen des heutigen Geschlechterverhältnis auf die Spur zu kommen gedenkt. Im Text wird die These aufgestellt, dass es gerade die rechtliche Gleichheit ist - an der Verfechter_innen der Chancengleichheit nichts Grundlegendes auszusetzen haben - welche die geschlechtsspezifische „Arbeitsteilung“ eher zementiert, als aufhebt. Über das ganze Heft verteilt findet ihr eine thematische Fotoarbeit von Rasmus Rienecker wie auch eine Kurzgeschichte von Kurt Wildemayer abgedruckt. Und wer Glück hat und eine der ersten Printausgaben in den Händen hält, kann sich über die höchst limitierte und extravagante Kunst-Beilage von Max freuen. Ihr seht also, wir haben uns Mühe geben. Werft Euch ins Heft und diskutiert mit uns!

Inhalt

006 **Das Interessante an der Schule ist ihr Zwangscharacter - ein Gespräch**
Auszüge aus einem Gespräch mit einem angehenden Lehrer.

011 **„Sorry, ich muss noch lernen...“**
Zum Verhältnis von Bildung und Kapital

017 **Kurzgeschichte: Arbeiterklasse ohne Arbeit I**
Kurt Wildemayer

023 **Situationistische Internationale**
Über das Elend im Studentenmilieu

028 **Zur Reform von Forschung und Lehre I**
Warum richtet der Staat Forschung und Lehre ein?

033 **Zur Reform von Forschung und Lehre II**
Wie Forschung und Lehre neu eingerichtet wurden

036 **„Mehr Kinder - ähh Mütter - braucht das deutsche Land“**
Über Bevölkerungspolitik und das Geschlechterverhältnis

045 **Kurzgeschichte: Arbeiterklasse ohne Arbeit II**
Kurt Wildemayer

MZH

Das Interessante an der Schule ist ihr Zwangscharakter

Auszüge aus einem Gespräch mit einem anbgehenden Lehrer

(…)

MAUG: Ich würde gerne erstmal dort anknüpfen, worüber wir schonmal gesprochen haben: Was ist Politik oder was ist politisches Handeln. Du hast von drei Ebenen gesprochen, die du für dich siehst, auf denen man politisch handeln kann: Lebensumgebung, Arbeitsumgebung und...

S: Ich versuche mich gerade zu erinnern. Was war das Dritte?

MAUG:
… gesellschaftliche Umgebung.

S: Ok. Ich denke, der naheliegendste Ansatz politischen Handelns ist, dass man sagt: Auf der gesellschaftlichen Ebene werden Themen verhandelt. Die Gesellschaft ist in einem ständigen hin und her zwischen verschiedenen Ideen und auf einer gesellschaftlichen Ebene organisieren sich Interessen und versuchen, sich gegeneinander durchzusetzen. Will man hier aktiv werden, wäre es naheliegend, das man in eine Partei geht oder eine Initiative unterstützt, die beispielsweise dafür kämpft, dass Cannabis legalisiert wird. Die beiden Arenen die hier benutzt werden sind normalerweise die Medien und die Politik selber. Deshalb macht man Demos, deshalb macht man Pressearbeit, deshalb beschwert man sich, dass die Bildzeitung scheiße ist. Das ist eine relativ normale Definition von Politik.

Dann gibt es eine, ja vielleicht ist das wirklich eher so eine mittlere Ebene, es ist auf jeden Fall eine sehr viel kleinere, beispielsweise die der Arbeit. Wir haben Kollegen, die auf unserer Ebene sind, wir haben Klienten mit denen wir zu tun haben und wir haben einen Chef, der eben nicht kollegial zu uns steht. Das ist ein ganz klares hierarchisches Ding und auf dieser Ebene passiert natürlich auch Politik. Einerseits bezogen auf das Gesamtgesellschaftliche, weil man sich darüber austauscht was außen passiert. Zum anderen weil man auch auf einer Arbeitsebene politisch handelt. In dem Sinne, dass man sich entscheidet solidarisch mit seinen Mitarbeitern zu sein, indem man sich entscheidet ob man einen Konflikt mit dem Chef sucht, inwieweit man versucht die Arbeitsumgebung im Unternehmen anders zu gestalten oder inwiefern man das Verhältnis zu seinen Klienten anders sieht. Das letzte ist gerade für Lehrer ein wichtiger Aspekt.

Ja und dann gibt es die private Ebene. Da ist vielleicht die WG das beste Beispiel. Man kann eine WG als Zweck-WG begreifen die billigeres Wohnen ermöglicht oder man kann es als ein Projekt des Zusammenlebens begreifen. Nehmen wir ein Beispiel: Ich glaube, dass viele Menschen eine sehr sexistische Weltsicht haben aber wissen, dass das sozial nicht erwünscht ist. Das heißt, sie versuchen sich in der Arbeitswelt da zurückzuhalten. Aber es wird ihnen eben sehr schwer fallen das in einem privaten Umfeld so zu machen. Und wenn man das private Umfeld politisiert, gibt es auch hier konkrete Möglichkeiten und das ist ja das was auch in den sechziger Jahren die Idee war: Das Private wieder politisch zu machen und das eben auch als eine Ebene zu begreifen. Da gab es dann so Ideen "You have to be the change you want to see in the world" oder was weiß ich...

MAUG: Du hast jetzt eben bereits angedeutet, dass die mittlere Ebene für Lehrer besonders interessant ist und damit den ersten Link zu dem Bildungsthema gezogen. Inwieweit betrifft dich das?

S: Also ich habe jetzt sechs Jahre Lehramt studiert, von Anfang an mit der festen Überzeugung Lehrer zu werden und bin so gut wie fertig. Da wir in Bremen als Lehramtsstudierende die gesamten Semesterferien in der Schule oder in anderen Bildungseinrichtungen verbringen, habe ich mittlerweile bereits anderthalb Jahre Berufserfahrung gesammelt: Das heißt, ich hab Gymnasien gesehen, ich hab Gesamtschulen gesehen, ich hab Hochschulen gesehen und mir alternative Bildungseinrichtungen angeschaut. In Spanien war ich eine Zeitlang bei einer Organisation, die pädagogische Stadtteilarbeit macht.

MAUG: Und ähm...

S: Warum ich das studiert habe?

MAUG: Ja, lass uns doch einmal direkt dahin gehen.

S: Nach dem Abitur wusste ich, dass ich politisch arbeiten will. Ich war mit verschiedensten Dingen nicht einverstanden, mir haben politische Themen sehr viel Spaß gemacht und ich glaube, wenn ich mich damals einfach so entschieden hätte, hätte ich Politik studiert. Da ich aber noch wehrpflichtig war und ich daher meinen Zivildienst machen musste, bin ich zu einer NGO gegangen bei der ich erstmals politische Arbeit von innen erlebte. Das war eine Aufgabe, bei der man mit Leuten, die sowieso schon überzeugt waren, gearbeitet hat. Sehr viel im Büro, sehr formal und sehr bürokratisch, kaum theoretischer Austausch. Die habe ich damals als sehr dröge empfunden und

auch als kontraproduktiv zu dem, was ich wirklich wollte. Nämlich mit Menschen zu tun zu haben und Menschen von Themen zu überzeugen und damit gesellschaftlich etwas zu verändern. Ich hab also versucht davon weg zu kommen und bin so im Laufe des Jahres Stück für Stück mehr in die Öffentlichkeitsarbeit gegangen. Auf einem größeren Seminar habe ich dann Workshops geleitet und bin im Rahmen eines Sozialforums auch auf die Frage gestoßen, wie man eigentlich Bildungsprozesse gestaltet. Dann kam dazu, dass ich mich ein bisschen mit Gramsci auseinandergesetzt habe.

MAUG: Was ist das Interessante an Gramsci?

S: Ja, Gramsci war ein Kommunist der quasi in den 20er Jahren in Italien agiert hat und dann relativ schnell auch eingeknastet wurde. Er hat den Kommunismus der Sowjetunion sehr krass analysiert. Sein gesamtes Werk besteht aus kleinen Heften, die er während der Haft vollgeschrieben hat. Das ist so ein ewiger Reflektionsprozess, unglaublich anstrengend zu lesen, aber das wird sehr gut aufbereitet. Seine große Frage war, warum konnte eine kommunistische Revolution in Russland erfolgreich sein und in Italien nicht und dann sagt er, in Russland waren die gesamtgesellschaftlichen Strukturen zu schwach ausgebildet. Das heißt, das in dem Moment wo die Revolution das Telegraphenamt und das Rathaus besetzt hat, hat die Revolution gewonnen. Die Leute haben sich nicht sehr stark damit auseinandergesetzt.

[...] Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft steckte in den Anfängen und ihre Konturen waren fließend; im Westen herrschte zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und sobald der Staat erzitterte, entdeckte man sofort die kräftige Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter ihm befand sich eine robuste Kette von Befestigungen und Kasematten [...].

Gramsci - Gefängnishefte

In Italien konnte das nicht klappen, weil es in Italien eine gesamtgesellschaftliche Hegemonie gab und das ist ein katholisches-konservatives Denken gewesen. Für Gramscis Theorie ist nun das Verständnis der Gesellschaft als einer Art Zwiebel, die in ganz vielen Schichten verläuft, wichtig. Diese Schichten sind ähnlich wie Schützengräben und eine Gruppe, die etwas verändern will, kämpft sich quasi durch jeden einzelnen Schützengraben vor. Das fängt an mit der Benennung von Straßen und Plätzen, weiter wem gehört die größte Zeitung im Land, usw. Das sind alles verschiedene kleine Punkte und jeder einzelne dieser kleinen Punkte steht im Zwiestreit verschiedener Ideologien. Also für Gramsci konkret zwischen dem Faschismus und dem Kommunismus. Die Aufgabe einer kommunistischen Bewegung wäre es daher nicht, eine große militärische Macht aufzubauen, die dann die Macht im Staat übernimmt, sondern die Hoheit über Diskurse zu erlangen. Beispielsweise indem man sich darüber streitet inwieweit eine Straße „Straße des Großen Vaterländischen Krieges“ heißt oder...

MAUG: … das ist ja etwas, das erstmal auf der Bewusstseinsebene stattfindet.

S: Ja genau. Gramsci war im Prinzip überzeugt davon, dass die kommunistische Bewegung die besseren Argumente hat, aber als solche sich nicht durchsetzt, weil andere Leute die Deutungshegemonie haben. Für ihn geht es als kommunistische Bewegung darum, die Hegemonie über gesellschaftliche Diskurse in einzelnen Teilaspekten zu gewinnen. Der entscheidende Faktor ist dabei natürlich das Bildungssystem.

„Eine neue Kultur zu schaffen bedeutet nicht nur, individuell ›originelle‹ Entdeckungen zu machen, es bedeutet auch und besonders, bereits entdeckte Wahrheiten kritisch zu verbreiten, sie sozusagen zu ›vergesellschaften‹ und sie dadurch Basis vitaler Handlungen, Element der Koordination und der intellektuellen und moralischen Ordnung werden zu lassen. Dass eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine ›philosophische‹ Tatsache, die viel wichtiger und ›origineller‹ ist, als wenn ein philosophisches ›Genie‹ eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt.“

Gramsci - Gefängnishefte

Da kommt jetzt ein weiterer Faktor rein und damit löse ich mich jetzt von Gramsci. Am Bildungssystem ist das Interessante, dass in Deutschland alle Menschen verpflichtet sind als Kinder und Jugendliche zur Schule zu gehen und in der Schule lernen sie. Sie lernen grundsätzlich erst einmal die Inhalte die im Bildungsplan stehen, sie lernen aber auch Dinge, die sie von ihren Klassenkameraden abschauen und sie lernen auch von ihren Lehrern andere Inhalte kennen. Wenn wir zurückdenken, an die autoritäre Schule, wo der Lehrer überhaupt keinen Widerspruch duldet, da haben die Schüler gemerkt: „Ok, wenn jemand reinkommt, der die Macht hat, dann hab ich meine Schnauze zu halten oder ich krieg auf die Fresse“. Es ist unbestreitbar, dass wir alle aus der Schule rauskommen als erwachsene Menschen und die Schule uns stark geprägt hat und nicht nur in dem Sinne, dass wir jetzt drei oder vier Jahre Biologie gelernt haben und deshalb was über Gene wissen. Sondern wir wissen was über Sozialformen, unsere eigenen Stärken und Schwächen, wir kommen raus aus der Schule und haben ein bestimmtes Bild davon, wie wir uns zu verhalten haben, weil es täglich dort praktiziert wird. Schule ist ein gesellschaftliches Experimentierfeld im kleinen und jeder muss da rein, niemand entgeht dem. Ich kann da natürlich reingehen und sagen ich find‘ Mathe scheiße, aber trotzdem muss ich sieben Jahre lang Mathe lernen und ich hab `ne konstante Auseinandersetzung.

MAUG: Ist das aber nicht auch schon ein Grundproblem?

S: Wenn wir jetzt weitergehen und linksradikale Theorien von Schule diskutieren, ist das eine Problematik. Man kann den Zwangscharakter kritisieren. Aber wenn man Schule als den Faktor sozialen Wandels begreift, dann ist Schule interessant gerade wegen des Zwangscharakters.

(...)

MK: Du hast mir gesagt, dass du da erstmal einen unauflösbaren Widerspruch siehst. Kannst du den Widerspruch nochmal konkreter formulieren?

S: Ich glaube, dass es für einen Menschen, der mit einem Menschenbild arbeitet, das als Ziel des Menschen die Freiheit des Menschen sieht, also

wenn man ausgeht von der Idee, dass alle Menschen frei sein und in ihren eigenen Stärken und Interessen bestärkt werden sollten, anstatt in beengende Verhältnisse eingezwängt zu werden, dann ist das Schulsystem, das es verpflichtend macht von Montags bis Freitags, 8-14 Uhr zur Schule zu gehen, ein Ding, das man geneigt ist abzulehnen. Das steht im krassen Gegensatz zu einer Utopie von Schule, die stark aus Offenheit besteht, die ein offener Raum des Lernens ist, die Angebote macht und in welcher der Lernende sich selber überlegt, was er lernen will; der Zwangscharakter steht also in vehementen Widerspruch zu allen Überzeugungen, auf die man kommen würde, wenn man von linker oder anarchistischer Theorie her Schule analysiert. Das ist ein Widerspruch und der lässt sich nicht auflösen...

MAUG: Heißt das, die Utopie, die du gerade beschrieben hast, ist eine, die du eigentlich auch vertrittst?

S: Ja, mit Vorbehalten natürlich. Also klar gibt es... das aktuelle Bildungssystem hat natürlich seine Macken aber... Ich glaube, was ich zum Ausdruck bringen wollte ist, wenn man Schule als ein wichtiges Feld für politische Veränderung begreift, dann ist es interessant, weil man genau die erreicht, die man sonst nicht erreichen würde. Das ist auch eine Besonderheit von politischen Inhalten. Ich glaube, das es für andere Fächer durchaus sinnvoll ist, wenn ich sage ich lerne Mathe, wenn ich Mathe lernen will, ich lerne was über Biologie wenn... also diese utopischen Bildungsvorstellungen bei kleinen Kindern gehen davon aus: Ein Kind findet einen toten Vogel und will jetzt wissen, warum der tot ist. Und das wäre jetzt der perfekte Zeitpunkt um über Winter zu reden, über alle Themen die mit dem Tod des Vogels zu tun haben. Aber für politisches Lernen ist das leider kontraproduktiv. Weil ich bei politischem Lernen gerade nicht die erreichen will, die sich dafür interessieren, die sagen: „Ich hab in der Zeitung gelesen so und so viele Millionen Menschen sind arbeitslos, warum ist das so?“Sondern gerade die zu erreichen, die das auch gelesen haben und die sagen: „Ist mir doch egal.“ Und genau deshalb rekurriert das politische Lernen gerade auf den Zwangscharakter von Schule. Es unterscheidet sich hierin von anderen Fächern wie beispielsweise Spanisch. Es geht davon aus, dass alle, die sich für ein Thema interessieren, sich ihre eigenen Informationen suchen. Alle, die sich in der Schule für den Politikunterricht interessiert haben, denen war er immer viel zu langsam, die waren damit unterfordert, die wollten mehr. Der Unterricht hat sich immer an die gewendet, die noch gar nichts wussten. Es will genau, dass diese Leute verpflichtet sind einmal in der Woche da 90 Minuten zu sitzen und sie können dir nicht ausweichen. Sie können auf Durchzug stellen, aber das ist dann wieder eine pädagogische Aufgabe zu schauen, wie erreiche ich sie trotzdem. Da stellt sich dann die Frage, wie man tatsächlich konstruktive und kritische Bildungsprozesse vorantreibt. Bei dem was ich bis jetzt gesagt habe, könnte man ja immer noch sagen man indoktriniert. Oder man stellt sich die Frage, wie gehe ich damit um, wenn Schüler anderer Meinung sind: Akzeptiere ich das? Wie arbeite ich damit? Muss ich permanent meine Meinung deutlich machen oder nicht? Aber das spielt schon sehr weit da rein, was Pädagogik ist und wie sie funktioniert.

MAUG: Du hast jetzt also von dir ein Interesse beschrieben, in die Schule zu gehen um da bestimmte Bildungs- oder Veränderungsprozesse voranzutreiben.... für dich sind gesellschaftliche Veränderungsprozesse und Bildungsprozesse schon sehr nah beieinander, oder?

S: Schon. Im Prinzip bin ich der Überzeugung, dass wenn Menschen auf einer rationalen Ebene Veränderungsprozesse wollen, sie sich dann später in der gesellschaftlichen Position, die sie erreichen auch dafür einsetzen werden. Also Multiplikation ist das dann im Endeffekt.

MAUG: Und jetzt wäre meine Überlegung, dass dein Interesse dem Interesse von Schule, so wie sie momentan aufgebaut ist... ich weiß nicht, widerspricht es dem oder hat es da erst mal nur keinen Platz oder muss es sich diesen Platz suchen?

S: In gewisser Weise ist immer unterstellt worden, das Schule einen erhaltenden Charakter hat und wenn man sich Produkte von Schule anschaut, dann lässt sich das auch konstatieren. Schulbücher hinken immer 10-12 Jahre hinterher. Das heißt auch Bildungspläne sind immer das Ergebnis von einem gewissen gesellschaftlichen Konsens. Das Thema gleichgeschlechtliche Beziehungen ist in die Schulen beispielsweise erst Mitte der 90er angekommen und wenn man schaut, wann es in anderen Teilen der Gesellschaft aktuell geworden ist, das war 20-30 Jahre früher und Schule ist da natürlich sehr langsam, aber gleichzeitig...

MAUG: Aber da gehst du ja davon aus, dass... Man kann es ja auch so formulieren, dass Schule erst mal nur soll, dass die Leute ausreichend funktionieren, dass in dem Sinne natürlich auch Verhaltensregeln gelehrt werden damit niemand durchdreht und Amok läuft, aber umgekehrt und vor allem sollen die Leute arbeitsfähig sein.

S: Das stimmt und das hat noch mal zwei verschiedene Gründe. Zunächst einmal ist es so: Die meisten Lehrkräfte haben eine sehr große Autonomie. Unter Lehrkräften spricht man vom Autonomie-Paritäts-Muster, das heißt jeder Lehrer ist gleicher unter gleichen und deshalb darf niemand dem anderen reinreden in die Gestaltung des Unterrichts. Wenn du dir Lehrpläne anschaust, dann steht da drin den Schülern sollen diese und diese Kompetenzen vermittelt werden. Im Spanischunterricht steht zum Beispiel drin das den Schülern vermittelt werden soll, sich über komplexe Themen auszutauschen. Das kann der Herstellungsprozess von Paella sein oder aber das Problem des Spanischen Bürgerkriegs.

Gleichzeitig haben viele Lehrer ein hohes Verantwortungsgefühl gegenüber ihren Schülern. Das merkt man auch noch an Hauptschulen, dass viele Lehrer große Angst haben, dass ihre Schüler arbeitslos werden und ihnen deshalb Wissen vermitteln, von dem sie glauben, dass es den Schülern nützt. Es gibt eine ganz hohe Verantwortungsübernahme und eine solche Verantwortungsübernahme führt zu dem, was du gerade beschrieben hast, nämlich, dass man sagt man macht ihnen keine kritischen Bildungsinhalte

und –formen vermittelt, sondern das Wissen, was sie brauchen um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

MAUG: Nun wird ja trotzdem ein Großteil dieser Schüler auf dem Arbeitsmarkt nicht erfolgreich sein...

S: Ja, aber für ein paar besteht immer noch eine Chance. Das ist das trügerische, dass es zwar theoretisch jeder Einzelne noch irgendwie schaffen kann, aber praktisch nicht alle gleichzeitig. Das ist das Problem an vielen Sonderschulen, wo die Chancen praktisch gleich Null sind und das Gefühl entsteht, auf einer Verwahrungsanstalt zu sein und daraus Frust bei Lehrern und Schülern entsteht.

Der zweite Grund für den erhaltenden Charakter der Schule liegt nun in ihrer Aufgabe als Institution. Die Schule ist ja eine staatliche Institution und der Staat, also wenn man von DEM Staat sprechen will, schafft sich ja keine Institutionen, die propagieren ihn zu zerstören oder radikal zu verändern. Was jetzt noch dazu kommt: Lehrer gehören einer Schicht an, die ein sehr hohes Einkommen hat, die relativ etabliert ist in der Gesellschaft durch den akademischen Abschluss und dadurch haben sie, das kann man nicht pauschalisieren, aber sie haben als gesamte Schicht doch eher recht wenig Interesse an der Umwälzung der bestehenden Gesellschaft.

(…)

„Sorry, ich muss noch lernen..."

zum Verhältnis von Bildung und Kapital

[Harry Aldous Rain]

I

„Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates."[1]

Die Schulpflicht. Der deutsche Staat setzt durch sein Gesetz und über die einzelnen Bundesländer die Schulpflicht in Kraft – schafft sich somit sein eigenes Schulwesen. So müssen alle Kinder ab sechs Jahren mindestens zehn Jahre verschiedenste Bildungsinstitutionen durchlaufen. Dabei ist in Deutschlad alles, was als Schule gilt, staatlich geregelt (Grundschulen, Realschulen, Universitäten, Berufsschulen, Privatschulen …). Weshalb der Staat eine Schulpflicht in die Welt setzt, wie es in den hiesigen Bildungsbetrieben zugeht, was alles rechtlich festgeschrieben ist – kurz: warum dem Staat die (Aus-)Bildung seines Volkes so wichtig ist? – auf all diese Fragen soll in diesem Artikel eine Antwort gefunden werden.

II

Das Konkurrenzsubjekt der Selektion.

Wie geht es nun in der schulischen Lehre vor sich? So ziemich jede_r[2] weiß, dass in der Schule vorgegebene Inhalte in einer ebenso vorgegebenen Zeit aufgenommen werden müssen, gleichgültig, ob die Schüler_innen dem Zeitdruck überhaupt standhalten, ob sie am Stoff interessiert sind und wie ihre individuellen Kenntnisstände aussehen. Für jede Leistung bekommen die einzelnen Schüler_innen eine Note, die den Schlüssel zum Weiterkommen in der Schulhierarchie, später Berufshierarchie (Reicht die Note für das Gymnasium, oder muss ich doch auf die Realschule?) darstellt[3]. Sind die Noten vergeben, wird einfach fortgefahren, auch wenn noch nicht alle den Lernstoff verstanden haben. Die Noten sind Verhältniszahlen, d.h. sie stellen sich aus dem Vergleich verschiedener Leistungen unterschiedlicher Schüler_innen zusammen, so dass sich zuallererst stets gefragt werden muss: „Was und Wie muss ich lernen, um besser zu sein als andere?"[4] Die Verteilung der Leistungen der Schüler_innen auf einer Notenskala bildet den unvernünftigen, aber den Zwecken der Schule funktionalen Maßstab, an dem sich alle Schüler_innen bewähren müssen. Unvernünftig deshalb, da es keinen allgemeinen und notwendigen, d.h. objektiven Maßstab beim Lernen außer die zu lernende Sache selbst gibt. Die Note gibt keinerlei Aussage über die inhaltliche Durchdringung einer Sache. Die Note ist im Grunde eine von außen herangetragene Ranking-Zahl, die an eine Qualität, die des Verstehens einer Sache, gebunden wird.

Die Note ist der Sache äußerlich, wird hinzugefügt und hat nichts mit inhaltlicher Erkenntnis für sich genommen am Hut. Wie sehr es auf dieses Ranking, also die Sotierung der Klasse nach Noten ankommt, merkt man in den Fällen, bei denen eine Klassenarbeit wiederholt werden muss: sowohl wenn alle Schüler_innen eine sehr gute Note bekommen, als auch in dem völlig entgegengesetzten Fall, bei dem alle ein „ungenügend" erhalten, müssen Prüfungen erneut abgelegt werden.

Worauf es ankommt...

Das alles wirft eine erste Frage auf: Wenn es wirklich auf das Verstehen, auf die Erkenntnis schlechthin ankommen würde, warum setzt man dann unterschiedliche Verständnisse ins Verhältnis? Um dann ein Schüler_innen-Ranking (von sehr gut bis sehr schlecht) zu erstellen. Dass dieses in den hiesigen Bildungsinstitutionen tagtäglich durchgeführt und in den Mittelpunkt der schulischen Laufbahn geschoben wird, sagt also schon einiges über den Zweck der Schule aus: Selektion durch Lernkonkurrenz. Dies bedeutet, dass die Schüler_innen auf eine Leistungs- bzw. später auf eine Berufshierarchie verteilt werden (bspw. Kopf- und Handarbeit[5]). Dazu ein Ausschnitt eines anderen Textes[6]:

„Der Staat möchte, dass sich die BürgerInnen für die Unternehmen nützlich machen – denn dass die Unternehmen Profite machen, ist die Grundla-

1 GG §7 (1)
2 Ich benutze hier den gender-gap, um Raum für Menschen zu schaffen, die sich jenseits herrschender und gesellschaftlich konstruierter Geschlechterdichotomie von männlich weiblich definieren oder jegliche Form von identitärer Definition ablehnen. (zum Thema der Geschlechterkonstruktion siehe bspw.: Maihofer, Andrea: „Geschlecht als Existenzweise". Ulrike Helmer Verlag 1995.)
3 Übrigens: Wenn Lehrer_innen nichts von Noten halten und bspw. allen eine „1" geben, gibt es vonseiten der Schule und des Staates Stress. Eine solche Notenverteilung dient nicht der Selektion, da hier die Schüler_innen nicht differenziert werden (siehe der Fall Frau Cerny: http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,628411,00.html).Des Weiteren bestehen feste und richtungsweise Vorgaben, z.B. dass bei Klausuren bspw. nicht schlechter als mit einem Gesamtnotendurchschnitt von 3,8 abgeschnitten werden darf; die Gaußsche Normalverteilung dient als Ideal der Notenverteilung.
4 Jede_r weiß es: Die Noten geben ebenfalls Motivation, sich an geforderte Bedingungen anzupassen, sich der Autorität anzubiedern usw.
5 Siehe weiter das Zitat Marx' auf der letzten Seite dieses Artikels.
6 Siehe ebenfalls der Artikel von Thomas Gerber in dieser Ausgabe.

ge dafür, dass der Staat Steuern kassieren und in der internationalen Staatenkonkurrenz mithalten kann. In entwickelten kapitalistischen Staaten gibt es kaum mehr Jobs, für die die LohnarbeiterInnen nicht zumindest ein bisschen Lesen, Schreiben und Rechnen können sollten, dem Chef gehorchen können muss man in jedem Job. Doch die Unternehmen brauchen nicht nur FließbandarbeiterInnen mit Hauptschulabschluss, sondern auch welche mit Matura und welche mit Uni-Abschluss. Deshalb ist Bildung ein entscheidender Faktor im globalen Konkurrenzkampf der Nationen geworden, die EU möchte gar zum "wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt"[7]werden."[8]

Die Rolle des Wissens

Das selektive Verfahren hat ebenfalls Auswirkungen auf die Rolle des Wissens. Dieses Wissen dient in der bürgerlichen Schule zur Grundlage der Selektion, wirkliches Verständnis und Begeisterung für Gegenstände schulischer Behandlung stellen höchstens Nebenprodukte dieser dar. Damit soll nicht gesagt sein, dass in der Schule der Inhalt des Lernstoffes egal ist – es werden sehr wohl ganz bestimmte Inhalte vermittelt[9] – dennoch ist der Inhalt des Wissens für die Selektion erst einmal egal, hier dient er primär als Mittel zum Zweck. Verschiedene Verständnisse, werden durch die Noten miteinander ins Verhältnis gesetzt, so dass der Inhalt des Wissens zum Zwecke der Selektion in den Hintergrund gerückt wird. Es kommt hiernach einzig und allein darauf an, in der Lernkonkurrenz unter der Schüler_innenschaft zu bestehen; der Primat liegt also auf der Selektion.[10]

Für die Schüler_innen besteht an sich kein notwendiges Interesse daran, sich gegenseitig ins Verhältnis zu setzen, um ein Ranking untereinander aufzustellen. Dieses Interesse wird vielmehr staatlich gesetzt, da der Zweck der Schule, wie oben gezeigt, außerhalb derselben – im Wirtschaftswachstum und in der Wettbewerbsfähigkeit der Nation – liegt. Die ständige Beschwerde, meist vonseiten der Lehrer_innen, dass es den Schüler_innen nicht auf den Inhalt des Lernens (ausgedrückt in der Aussage: „Ich muss noch lernen, damit ich die morgige Klassenarbeit bestehe.") ankommt, bleibt innerhalb des bürgerlichen Bildungssystems eine Notwendigkeit, da die hiesige Lernform immer wieder das Bedürfnis nach Erkenntnis bekämpft (Zeitdruck, Sanktionen etc.).Hier liegt also ein Widerspruch vor: Da die Schüler_innen sich Wissen aneignen müssen, d.h. aus Zwang lernen müssen, besteht die Tendenz, dass Inhalte verloren gehen, da die Schüler_innen die eigene Lernmotivation verlieren.

Kompensation statt Reflexion

Der allbekannte Tipp auf ungenügende Noten seitens Lehrer_innen und Eltern: „Wenn Lernen nichts für dich ist, dann versuche es doch mal mit einer Ausbildung" – bleibt daher notwendig falsche Konsequenz. Notwendig daher, weil es in einer Lernkonkurrenz bzw. Selektion auch immer Verlierer_innen geben muss. Falsch, weil in dieser Aussage vermittelt wird, dass es die Schüler_innen sind, die für die persönliche Misere in der Schule verantwortlich sind: Kompensation statt Reflektion. Kompensation, da es hier so erscheint, als sei die Schuleignung bzw. -uneignung eine persönliche Eigenschaft des Kindes. Dabei ist es die Lernkonkurrenz, die ständig durch die Selektion geeignete und ungeeignete Schüler_innen herstellt; die Eignung ist ein Produkt der Lernkonkurrenz. Die herrschenden Zwecke der Schule werden also nicht hinterfragt, bzw. reflektiert, ihre Konsequenzen werden auf das Individuum abgewälzt. Dass man sich die Alternativen ‚freiwillig' ausgesucht hat und ihnen nachgegangen ist, reicht zur Begründung eines Besseren. Dass sich bei dieser jahrelangen Veranstaltung ein bestimmtes Subjekt der Konkurrenz herausstellt, ist kein Wunder; die Identifikation mit der ‚eigenen Anstrengung' zur Erreichung eines vorgegebenen Ziels liegt nahe – wer sich nicht bewährt, wird sanktioniert. Die Schule erscheint dem_der Schüler_in als ein Mittel zum individuellen Vorankommen im gesellschaftlichen Verkehr. Doch die Schule erscheint nicht nur als Mittel, sie ist es in gewisser Weise auch. Damit ist sie eine widersprüchliche Realität, da sie einerseits einziges Mittel und andererseits kein wirkliches Mittel für das eigene Vorankommen ist (siehe auch Fazit). In ihr kann es nur Gewinner_innen unter Hinnahme von Verlierer_innen geben. Doch ob die schulische Bildung zum individuellen ‚Erfolg', d.h. hier zur (gut bezahlten) Anstellung am Arbeitsmarkt führt, erfährt man erst im Anschluss und hängt entscheidend davon ab, ob sich überhaupt ein_e Arbeitgeber_in findet, der_die die Einzelnen nach geschäftsmäßiger Berechnung anstellt oder nicht.

Gerechtigkeitssinn

Dem Konkurrenzsubjekt, wie es in der Schule geprägt wird, entspricht ein ganz bestimmtes Verständnis von Gerechtigkeit. Bei Notenverteilungen wird stets um die gerechte Note gestritten, Schüler_innen bspw. geben vor, dass ihre Note im Vergleich zu den Noten anderer Schüler_innen nicht gerecht vergeben sei. Anhand dieses Vorwurfs erkennt man die Grundlage für den Streit um die gerechte Note: Das Notensystem selbst, bzw. der eigene Vergleich mit den Leistungen anderer. Dabei aber wird verkannt, dass die Bezifferung einer qualitativen Sache so funktional wie verkehrt ist. Wie ist es möglich ein qualitatives Verständnis, oder das Verhältnis zwischen zwei konkret unterschiedlichen Verständnissen mit einer Zahl zu betiteln? Dieses kann nur willkürlich geschehen. Warum vergleicht man eigentlich zwei Leistungen von unterschiedlichen Schüler_innen? Warum setzt man sich nicht zusammen und eignet sich die Gegenstände der Welt gemeinsam an, klärt Wissenslücken und diskutiert unterschiedliche Ansichten aus? An dieser ganzen umständlichen Aktion also merkt man, dass es nicht einfach darauf ankommt, etwas zu verstehen und jemandem etwas beizubringen. Gerechtigkeit wie sie da gefordert wird, ist das Verlangen nach dem Anlegen des gleichen Maßstabs in der

7 http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de//FTU_4.1.pdf
8 Welche Inhalte aus welchen Gründen in der Schullaufbahn vermittelt werden – darauf kann hier leider aus Platzmangel nicht eingegangen werden.
9 Welche Inhalte aus welchen Gründen in der Schullaufbahn vermittelt werden – darauf kann hier leider aus Platzmangel nicht eingegangen werden.
10 Anmerkung: Es soll sehr wohl auch Schulen geben, in denen Noten abgeschafft sind (siehe Freie Schulen, Waldorfschulen etc.). Doch auch hier gibt es unterschiedliche Textformulierungen für unterschiedliche Leistungen. Außerdem erfahren die Schüler_innen nach bspw. angenehmen 10 Jahren dann doch die Konkurrenz (Zentralabitur, Arbeitsmarkt, Berufsleben) – ein ziemlich arger Sprung ins kalte Wasser; irgendwann erwischt es jede_n.

Leistungskonkurrenz. Sie ist also notwendigerweise die Parteinahme für das individuelle Vorankommen in und mit der Konkurrenz und Selektion.

III

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung."[11]

Die Trennung

Freiheit der Wissenschaft, oder: Wie ist Wissenschaft und Bildung nützlich für die kapitalistischen Verhältnisse? Dass sie es nämlich sind, wurde oben gezeigt. In der Bundesrepublik Deutschland sind Bildung und Wissenschaft und das Berufsleben auf der anderen Seite getrennt. Erstere werden staatlich organisiert, zweiteres liegt auf der Seite der Privateigentümer_innen, die ebenfalls staatlichen Gesetzen gehorchen müssen, um zu wirtschaften.

Fehlende Geschäftsmäßigkeit

Dass der Staat für die Bildung der späteren (zumindest potenziellen) Arbeitskräfte zuständig ist, und nicht die Einzelunternehmen, liegt an der fehlenden Geschäftsmäßigkeit der Bildung selbst. Diese ist zwar für das kapitalistische Geschäft notwendig, aber ist selbst kein Geschäft; mit der bloßen Vermittlung von Wissen lässt sich erst einmal kein Gewinn erzielen. Die schulische Bildung wäre für den_die Einzelkapitalist_in primär ein unsicherer Kostenfaktor, Arbeitskräfte mitsamt ihres Wissens könnten immer auch kündigen. Die Volkswirtschaft als solche benötigt also einerseits ausgebildete Arbeitskräfte zur Erwirtschaftung von Profit, die Ausbildung ist aber andererseits ein unrentabler Kostenfaktor für das einzelne Unternehmen, weshalb i.d.R. der Staat als „ideelle[r] Gesamtkapitalist"[12] die Aufgabe der allgemeinen Wissensproduktion in die Hand nimmt.[13]

Gewährte Freiheit

Mit dem oben genannten Gesetzestext stellt der Staat – unter Beachtung der Schranke der Verfassung[14] – die Wissenschaftler_innen frei (in Forschung & Lehre), so dass sie unter keinem direkten Zwang zu einer bestimmten Lehr- und Forschungsrichtung stehen. Allein die Sache der Wissenschaft selbst soll entscheiden, in welche Richtung Forschung und Lehre ihren Weg gehen – so werden unter Auslassung bestimmter privatkapitalistischer Interessen sichere Ergebnisse produziert; die Wissenschaftler_innen sollen sich allein dem Fortschritt der Wissenschaft widmen und werden deshalb vom Staat frei gesetzt, so dass sie ein Stück weit von den Unannehmlichkeiten der Lohnarbeit befreit sind[15]. Wer, wenn nicht sie, weiß, welchen Weg die Wissenschaft gehen muss?

Wissen wird überführt

Die in der Freiheit der Forschung und Lehre produzierten Ergebnisse werden dann u.a. für neue Technologien zur Erreichung eines Produktivitätsvorsprungs in der Staaten- und Kapitalkonkurrenz angewendet.[16] Ein sehr skurriles Verhältnis: Innovationen, Erfindungen usw. werden gemacht, doch sind die Resultate, da sie zur Ware werden, von den Menschen und ihren Bedürfnissen getrennt. Hier also befindet sich der Übergang der oben genannten Trennung von Bildung und Kapital: Die sicheren Ergebnisse aus der Sphäre der Forschung und Lehre stellen ein Angebot für die Sphäre der kapitalistischen Produktion dar. Die Freiheit der Wissenschaft, d.h. die von den Zwängen des Marktes befreite Wissenschaft produziert ein Sammelsurium an Wissen, welches ein Angebot für die kapitalistische Produktion darstellt (gemeint sind hier nicht Produkte wie das iPhone). Wissen, das der Produktivitätssteigerung dienlich ist, wird angewendet; wenn nicht, dann nicht. Die Auswahl an dienlichem Wissen obliegt also der Entscheidungsgewalt der jeweiligen Einzelkapitalst_innen, nicht etwa den Bedürfnissen der Menschen (siehe bspw. arbeitslose Akademiker_innen).

Trennung im Widerspruch

Hinzu kommt, dass sich die Bedingungen, d.h. die Nachfrage an spezifischem Wissen hinter dem Rücken der gesellschaftlichen Subjekte über die Zeit hinweg ändern (heute sind Informatiker_innen gesucht, morgen vielleicht nicht mehr). Somit ist die Kritik an dieser Trennung, die Bildung solle sich doch nach den Bedingungen am Arbeitsmarkt richten, notwendige Begleiterscheinung, d.h. nicht aufzulösen. Einerseits soll die Trennung eingehalten werden, damit viele Möglichkeiten für den Arbeitsmarkt produziert werden, gerade weil die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nicht vorhersehbar sind. Andererseits soll die Trennung dann doch nicht zu weit reichen, denn nur so können sich die Bildungsinstitutionen am volkswirtschaftlichen Bedarf ausrichten.[17] Hier erkennt man den Maßstab der immanenten Kritik: Das Wirtschaftswachstum der Nation. Alle Bildungsreformen, bzw. Vorstellungen wie Bildung zu organisieren sei, arbeiten sich an diesem Widerspruch ab: Humboldt'sches Bildungsideal vs. Drittmittelförderung.

Diese Trennung nun macht sich für den_die angehende_n Studenten_in dadurch geltend, dass mit der Wahl eines Studiengangs nicht ein Anspruch auf einen entsprechenden Beruf erhoben werden kann. Am Ende entscheidet der Arbeits-

11 GG §5 (3)

12 Engels, Friedrich: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft". Karl Dietz Verlag, Berlin 1962. S.222
Anmerkung: Als ideeller Gesamtkapitalist gewährt der Staat einerseits das Privateigentum, damit dessen Eigentümer_innen (Arbeitskraft & Produktionsmittel) wirtschaften können, und sorgt zugleich für die Kompensation von Schäden durch die Konkurrenz (Sozialstaat), damit das Kapitalverhältnis als solches bestand hält.

13 Siehe bspw. die ständigen Beschwerden seitens der Unternehmen, dass die berufliche Ausbildung zu teuer ist usw. Da hier keine Sklavengesellschaft vorliegt, es sich hier um doppelt freie Lohnarbeiter_innen (frei von Produktionsmitteln & personalen Abhängigkeitsverhältnissen) handelt, gehören die Arbeitskräfte den Kapitalist_innen nicht (Vertragsverhältnis) – erstere können kündigen.

14 Allein diese herrschaftliche Tatsache soll zu bedenken geben, denn der der Staat nimmt es sich heraus, die Freiheit von Forschung und Lehre zu begrenzen, mit der Frechheit, dass diese Maßgabe unabhängig von den Standpunkten der Bürger_innen und den un-/vernünftigen Inhalten von Forschung und Lehre gesetzt ist.

15 „Wo der Gedanke um des Gedankens willen entzückt, da führt echt wissenschaftlicher Sinn das Denken bis nahe zu seinem Urquell hin. Wo dasselbe zu Zwecken gebraucht wird, die nicht in ihm selbst liegen, da kann Wissenschaft vorhanden sein, aber ihr Geist ist wenigstens alsdann nicht lebendig." (von Humboldt, Wilhelm: „Über die Bedingungen, untern denen Wissenschaft und Kunst in einem Volke gedeihen" (Fragment). In: Zweitausendeins (Hg.): „Schriften zur Sprache". Wunderkammer Verlag GmbH. Frankfurt am Main 2008. S.920)

16 Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, Mittel im Kapitalismus zum Zwecke der Profits, sorgt dafür, dass die Lohnarbeiter_innen einen geringeren Teil der produzierten Ware nach Hause tragen, d.h. Lohn wird tendenziell gespart. So geht die Wissenschaft gegen die Interessen und Bedürfnisse der Menschen vor. Siehe ebenfalls weitere Zwecke der Wissenschaft in Thomas Gerbers Artikel in dieser Ausgabe.

17 Die Kritik an der – wie oben gezeigt – selbständigen Sphäre der Wissenschaft, dass sie dem Nutzen der Volkswirtschaft nicht entspricht, widerspricht sich sowieso. Die gewährte Freiheit der Wissenschaft deutet doch gerade auf deren Zweckfreiheit hin.

markt, welcher der Ansprüche – wenn überhaupt – erfüllt wird. Die Abwehr gegen Überqualifikation deutet darauf hin, dass es hier nicht um möglichst viel Wissen über die Welt geht sondern, dass der Bedarf der kapitalistischen Ökonomie entscheidet, welches und wie viel Wissen nötig ist. Wie kann es sein, dass ein Wissen großen Ausmaßes schlecht ist? Dieses kann nur als Problem auftauchen, wenn der Maßstab die Ansprüche des Berufs sind. Andererseits: Je weniger du am staatlichen Bildungsprogramm teilgenommen hast, desto günstiger bist du als Ware Arbeitskraft. Dazu Marx:

„Um die allgemein menschliche Natur so zu modifizieren, daß sie Geschick und Fertigkeit in einem bestimmten Arbeitszweig erlangt, entwickelte und spezifische Arbeitskraft wird, bedarf es einer bestimmten Bildung oder Erziehung, welche ihrerseits eine größere oder geringere Summe von Warenäquivalenten kostet. Je nach dem mehr oder minder vermittelten Charakter der Arbeitskraft sind ihre Bildungskosten verschieden. Diese Erlernungskosten, verschwindend klein für die gewöhnliche Arbeitskraft, gehen also ein in den Umkreis der zu ihrer Produktion verausgabte Ware." [18]

IV

Und nun von offizieller Seite. Folgender Abschnitt ist unter dem Titel „Grundlegendes Wissen von A bis Z" in einem Lexikon der staatlich getragenen Bundeszentrale für politische Bildung zu finden. Wir lassen ihn für sich sprechen:

„Bildungspolitik, Maßnahmen des Staates, die auf den Ausbau und die Reform des Bildungssystems ausgerichtet sind. Das Bildungssystem muss dabei einerseits das Recht des Einzelnen auf einen seinen individuelle Fähigkeiten entsprechende Bildung gewährleisten[19] und andererseits der wirtschaftspolitischen Bedeutung für eine moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gerecht werden. Wirtschaftspolitisch spielen deshalb das allgemeine Bildungsniveau und die berufliche Bildung eine zentrale Rolle. Staatliche Bildungsausgaben sind gerade mit Blick auf die 2002 veröffentlichte PISA-Studie als Investitionen in Humankapital zu verstehen und damit vor allem für Volkswirtschaften wie Deutschland, die nicht über große Mengen natürlicher Rohstoffe verfügen, die Basis für die Wirtschaftskraft und für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Bildungspolitik des Staates muss deshalb auch sicherstellen, dass auf dem Arbeitsmarkt genügend ausgebildete Fachkräfte verfügbar sind, und zwar einerseits, was die Anzahl betrifft, andererseits hinsichtlich der Qualität, also bezogen auf die technischen und wirtschaftlichen Anforderungen der modernen, globalen Wirtschaftswelt. Darüber hinaus werden durch ein funktionierendes Bildungssystem die sozialen Sicherungssysteme entlastet, da eine qualifizierte, anforderungsgerechte berufliche Bildung des Einzelnen die Chancen am Arbeitsmarkt verbessert und so zu einem hohen Beschäftigungsstand beigetragen wird."[20]

V

Studentische Kritik. Immer wieder findet sich bei Bildungsprotesten, nicht nur bei Studierenden, die Losung der Chancengleichheit; diese würde im heutigen Bildungssystem missachtet. Vorweg: Obwohl beim Gesellschaftsspiel Monopoly alle Figuren mit gleichen Ausgangsbedingungen starten, endet dieses zumeist trotzdem im Streit, denn es starten immer unterschiedliche Spieler_innen mit bspw. verschiedenen Kenntnissen im Handeln. Das Ziel des Spiels ist dabei sehr wohl jeder_m bekannt: es soll Gewinner_innen und Verlierer_innen geben.

Gleichheit in der Ungleichheit

Chancengleichheit ist nur dann sinnvoll, wenn selektiert und differenziert werden soll, wie es in Schule und Universität geschieht. Wenn man Menschen mit verschiedenen Voraussetzungen der Chancengleichheit aussetzt – und diese sind in der bürgerlichen Gesellschaft immer vorhanden (bspw. Kind aus Bildungsbürgertum & Arbeitnehmer_innenschicht) – reproduziert man die Ungleichheit zwischen diesen. Individuelle Unterschiede, Interessen und Bedürfnisse werden in der Chancengleichheit ausgeblendet und dadurch bekräftigt: Alle ungleichen Kinder sollen gleichen Bedingungen (Chancengleichheit) ausgesetzt werden, um dann die Chance der Durchsetzung in der Konkurrenz wahrzunehmen oder eben nicht – jede Konkurrenz hat ihre Verlierer_innen. Wenn die ungleichen Kids den gleichen Bedingungen ausgesetzt werden, entscheidet die Leistung der Einzelnen.

Für den Vergleich der Leistungen ist die Chancengleichheit nützlich, da man zwei Gegenstände nur dann vergleichen kann, wenn man sie auf den gleichen Maßstab bringt, was bedeutet, dass außer der Note nichts weiter Relevantes hinzu kommt. Daraus erwächst also das Ideal der Leistungskonkurrenz: Nun soll die beste Leistung entscheiden; jede_r hat es in der eigenen Hand. Dieses stellt sich als nützlich (Staat und Wirtschaft erhalten die fähigsten Kräfte) und gerecht dar. Die Forderung nach gleichen Ausgangsbedingungen (bspw. sozialpolitische Maßnahmen zur Förderung einkommensschwacher Familienkinder) und Voraussetzungen in der Schule (gleicher Leistungsmaßstab) nimmt die Konkurrenz, wofür die Gleichheit nützlich ist, und die damit einhergehende Reproduktion von Ungleichheit in Kauf; sie bleibt damit ein schlechtes, da unreflektiertes Ideal.

Implizite Forderung

Alles geschieht in den Bildunginstitutionen: Schüler_innen werden trotz qualitativ unterschiedlicher Ausgangsbedingungen gleich gesetzt, bevor der Selektionsmechanismus (Noten, Prüfungen) greift. Die abstrakte Chance, in der Konkurrenz zu bestehen, soll allen offenstehen. Dabei wird aber übersehen, dass die Bedeutung von *Chance* nicht mit der der Garantie (für eine gute Leistung) identisch ist. Wer also für

18 Marx, Karl: „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band." Karl Dietz Verlag. Berlin 2008. S. 186.

19 Warum wird hier von Fähigkeiten gesprochen und nicht von Bedürfnissen und Interessen? Nur weil ich eine Fähigkeit zum Rechnen habe, heißt das noch lange nicht, dass ich rechnen interessant finde. Interessant ist ebenfalls die Verhältnismäßigkeit zwischen den erläuterten Satzteil und übrigen Text, in den es nur ersichtlich um andere Maßstäbe geht. Wieso steht dort nicht, dass ebenfalls die Seiten gefördert werden, in denen die Schüler_innen noch nicht so gut sind, sie es aber gerne werden möchten?

20 bpb: „Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z". Bonn 2004. S. 130 f.

Chancengleichheit eintritt, fordert notwendigerweise auch die Abstraktion von individuellen und inhaltlichen Unterschieden, sowie die stattfindende Selektion der Menschen für einen Zweck, der den Bedürfnissen der Menschen äußerlich ist.

VI

„Der Mann des Wissens und der produktive Arbeiter sind weit voneinander getrennt, und die Wissenschaft, statt in der Hand des Arbeiters seine eigenen Produktivkräfte für ihn selbst zu vermehren, hat sich fast überall ihm gegenübergestellt [...]. Kenntnis wird ein Instrument, fähig, von der Arbeit getrennt und entgegengesetzt zu werden."[21]

Schule als Mittel. Dieser Artikel sollte deutlich gemacht haben, dass die Schule, wie sie in der hiesigen Gesellschaft organisiert wird, kein Mittel für ein vernünftiges Leben darstellt. Die Schule dient einzig und allein der Wettbewerbsfähigkeit der entsprechenden Nation durch neue Technologien und Produktivitätskraftsteigerungen, Militärforschungen und der nationalen Identiät – kurz: zur Erwirtschaftung von Profit. Dieser wird im Kapitalismus durch die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft produziert und geht damit gegen den Lohn als das einzige Erhaltungsmittel der Arbeitskraft vor. Das alles sollte man sich vor Augen führen, wenn man sich ein Urteil über Schule und Universität, wie sie hier stattfindet, bilden möchte. Auch Menschen, die einen Master in der Tasche haben, sollten sich darüber bewusst sein, dass sie mit ihrer Bildung im praktischen Wofür stets zwecks Wertproduktion und im Vergleich mit bspw. Realschüler_innen relativiert werden.

„Komplizierte Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar."[22]

22 Marx, Karl: „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band". Karl Dietz Verlag. Berlin 2008. S. 59.

Arbeiterklasse ohne Arbeit

TEIL 1

[Kurt Wildemayer]

647 / 647 FK002421 – Befr. Beschäft. 07.10 S – 21.06.2010 2820095

Arbeitsprozess beginnt:

Arbeitsvertrag

1. Tätigkeit

Sie sind ab dem 02.09.2003 als Monteur im Dreischichtbetrieb in der Abteilung Montage A10 in Harb am Breckar für die Braunhaus Hygrodatic GmbH tätig.

2. Arbeitszeit

Lage und Verteilung der Arbeitszeit richten sich nach den jeweiligen Bestimmungen. Sie erklären sich bereit, im Rahmen der Bestimmungen Mehrarbeit zu leisten und an Sonn – und Feiertagen zu arbeiten.

3. Nebenbeschäftigung

Jedwede Nebentätigkeit bedarf unserer schriftlichen Zustimmung. Diese werden wir erteilen, soweit hierdurch unsere Interessen und ihre Arbeitsleistung nicht beeinträchtigt werden. Im Rahmen der Bestimmungen können ihnen ohne dass es ihrer Einwilligung bedarf auch andere zumutbare Tätigkeiten, z.B.: an einem anderen Ort, übertragen werden.

4. Rechte an Arbeitsergebnissen

Alle Arbeitsergebnisse stehen der Braunhaus Hygrodatic GmbH zu. Wir sind berechtigt, alle Ergebnisse des Arbeitsprozesses zu verwerten.

Mit freundlichen Grüßen

Ppa. XXX XXX	i.V. XXX XXX
Personalleiter	stellv. Personalleiter

Ich habe einen identischen Durchschlag erhalten und bin einverstanden.

(Ort), den (Datum) (Unterschrift).

Arbeitsprozess: materielle Realität beginnt.

Er unterschrieb, schüttelte Hände und konnte sein Glück noch kaum fassen. Glück? Bestand hierbei in einer monatlichen Bruttovergütung von umgerechnet 3500 rubel / 30 Tage. Befristet auf zehn Monate, heruntergehandelt hatte er sie von 24. Ob er denn verrückt sei, dies herunterzuhandeln fragten ihn andere, die gerne an seiner statt ebenjener lohnabhängigen Tätigkeit nachgegangen wären.
Langsam werde ich aber ungeduldig. „Wo bleibt denn die Genialität" fragt sich die Leserin im Bremer Viertel, mit einem Joint im Mund keck am Fenster hinaus zur Kreuzung sitzend. Info: Jedwede Genialität wird nun zurückgestellt, zu Gunsten des Leseflusses. Darüber hinaus hatte er ebenfalls mit obigem Vertrag seine Genialität abgetreten – sich verpflichtet zu funktionieren.

Montieren war nun seine Aufgabe.
Mitteldruck - Axialkolben - Pumpen stellte er her. Ungefähr siebzig pro Schicht. Es gibt verschiedene Modelle und Ausführungen. „Seine" „Werkbank" stellte in der Regel die Kleinen, also fünf Kubik und maximal zwanzig Kilo schwer, her. Wobei die Werkbank nur aus Tradition Werkbank hieß, war sie doch eine Stufe auf dem Weg zur vollautomatischen Produktion. Die Arbeit war fordernd in den ersten Wochen, danach eher stumpf und repetitiv. Obwohl die Arbeit an sich den eigentlichen Hauptteil darstellen könnte, ist sie nicht von sonderlich zu erzählendem Interesse. Er konnte nun montieren, mit einer Hand, mit geschlossenen Augen, er montierte auch im Traum oder montierte während andere träumten. Die Arbeit an sich war Monotonie. Er teilte sich die Werkbank mit ungefähr neun anderen im Dreischichtrhytmus.

Von Interesse sind die Begegnungen die er machte. Beobachtungen aus der industriellen Blechhalle eines schwäbischen Traditionsunternehmens, dass nach einer Übernahme durch den Konzern Rexboot eingegliedert war in einen Globalgiganten und vor Ort zum größten Arbeitgeber der Region zählte. Groß groß Groß also, fühlte er sich; bereit alles zu geben – die Chefs nicht zu enttäuschen.

Er wurde enttäuscht als er feststellen musste, dass es nicht um Arbeit ging, sondern um Zeit und Erscheinen. Der Auftritt war entscheidend.

Es müsse nur so viel gearbeitet werden wie gerade nötig und auch dies bitte nicht in Eile. Schließlich gehe es um Arbeit nicht ums Leben. Diese waren einige der Weisheiten, die ihm die anderen Mitarbeiter der Abteilung beibrachten. Sie pflegten in unregelmäßigen Abständen vorbeizukommen um sich den, wie sie sagten, Neuen anzusehen. Eine gewisse Regelmässigkeit lag den Abständen jedoch zugrunde. Die Anderen konnten Dieter nicht ausstehen, kamen also nur in dessen Abwesenheit vorbei. Dies hieß selten, denn Dieter verließ die Werkbank, seinen Arbeitsplatz, äußerst ungern und selten.

Alleine war er, der Neue, nur wenn er die Werkbank verließ und nachts durch die Maschinen spazierte.

Abwesenheiten plante Dieter, der vielleicht auch Uwe oder Karl - Heinz hieß, routinemäßig. In der Frühschicht war 8:17 solch eine Zeit; dann machte er sich auf, einen Kaffe zu holen, daran zu nippen, schnellen Schrittes zur Werkbank zurück, wo er ihn versteckt abstellte und immer nachdem er sich vergewisserte, dass niemand zuschaute, Schluck für Schluck leertrank.

Er trank Kaffe wann er Kaffe trank, immer. Egal ob ihm gerade nach Kaffe war, wonach ihm natürlich war, schließlich war es die Zeit, um Kaffe zu trinken. So hatte er für jede der drei Schichten eigene Zeitsysteme entwickelt, die abgestimmt waren - unter anderem mit dem Zeitpunkt des Mittagessens, dem Produktionsablauf unserer Werkbank und natürlich dem täglichen Rundgang des Meisters. Wir waren Teile der Maschine, bezahlt um zu funktionieren. Dieter war eine Maschine, funktionierte immer. Mein Leben begann einem fremdbestimmten exakten Plan zu folgen, Dieters Leben war ein Plan.

dritte Seite: Vita des Dieter.

Durchschauung, Reflektion der eigenen Position im System und Aufbau eines eigenen Systems als Strategie. So zumindest wirkte es auf mich.

Dieter absolvierte den Grundwehrdienst, verpflichtete sich für weitere Jahre, machte währenddessen zwei Berufsabschlüsse, Elektroniker oder so. Er lernte schnell durch Befolgen und Antizipieren der Regeln, sich den Alltag zu erleichtern, beziehungsweise erst zu ermöglichen. Egal welch ein Problem auftrat, pflegte er nach der Maxime: „Melden macht frei und belastet den Vorgesetzten“ zu handeln. Trat also ein Problem auf, liefen wir zum Meisterbüro und egal in welcher Situation sich der Meister befand, sei es in einer Besprechung oder am Telefon, meldete Dieter den Vorfall. Dann drehten wir um, liefen zurück zum Arbeitsplatz, Dieter notierte sich den Vorfall mit Zeit und Datumsangabe – und wir nahmen Platz und setzten uns auf kleine, schwarze, ölverschmierte Hocker, die unter einem Edelstahltisch in blau, ebenfalls ölverschmiert, lagerten und warteten auf Anweisung.

Struktur, Hierarchie, Befehlskette.

Nach ungefähr 36 Jahren und 1,5 Monaten Bundeswehr gelangte Dieter an den Punkt, an welchem er sich fragte, was da draußen noch auf ihn warten würde. Als er hörte, dass es in der freien Wirtschaft keine Lohnobergrenze gäbe und disziplinierte arbeitswillige Männer wie er eine reelle Anstellungschance hätten, entschied er sich und verließ die Kaserne. Vier Monate Arbeitslosengeld, dann Abendessen beim Schwiegervater. Gut angezogen, Mittelscheitel und vorbereitet fragt Dieter den Schwiegervater - Großaktionär in verschiedenen schwäbischen Firmen - um Hilfe. Zeitvertrag, 24 Monate Braunhaus Hygrodatic GmbH Dreischichtbetrieb, seine Karriere beginnt.

SITUATIONISTISCHE INTERNATIONALE

Über das Elend im Studentenmilieu

Die Schmach noch schmachvoller machen, indem man sie publiziert

Bei dem folgenden Text handelt es sich um eine auf die Analyse der gesellschaftlichen Position der Studenten zusammengekürzte Version eines 1966 von mit der Situationistischen Internationale[1] *sympathisierenden Straßburger Studenten herausgebrachten Pamphletes. Der vollständige Originaltitel lautet: „*Über das Elend im Studentenmilieu - Betrachtet unter seinen ökonomischen, politischen, sexuellen und besonders intellektuellen Aspekten und über einige Mittel diesen abzuhelfen.“ *Der Druck der ersten Auflage von etwa zehntausend Exemplaren wurde von der Nationalen Union der französischen Studenten (UNEF) und dadurch letztlich mittels staatlicher Gelder finanziert. Während die für den Druck verantwortlichen Studenten teilweise exmatrikuliert wurden, erlangte der Text weltweit an Universitäten und in studentischen Organisationen Verbreitung. Er wurde unter anderem ins Englische, Deutsche und Japanische übersetzt und gilt als ein wichtiger Anstoß für die weltweiten Studentenproteste des Jahres 1968. Die längere Originalversion enthält neben einer konkreten Analyse der politischen Situation der Studenten und ihrer Verbindung mit der Arbeiterbewegung u.a. in Frankreich, den USA und Japan weitere Betrachtungen über jugendliche Subkulturen („Rocker“ und „Provos“), sowie über die Möglichkeiten und Ziele einer internationalen revolutionären Bewegung. Sofern im folgenden Text Begriffe situationistischer Gesellschaftskritik vorkommen, wird versucht in von der Redaktion ergänzten Fußnoten ein Grundverständnis der Begriffe zu ermöglichen.*

Ohne große Gefahr, uns zu irren, können wir behaupten, dass der Student in Frankreich nach dem Polizisten und dem Priester das am weitesten verachtete Wesen ist.Wenn auch die Gründe für seine Verachtung oft falsche sind, die aus der herrschenden Ideologie stammen, sind die Gründe dafür, dass er vom Standpunkt der revolutionären Kritik aus wirklich verachtungswürdig ist und verachtet wird, verdrängt und uneingestanden.
(...)

Alle Analysen und Studien über das Studentenmilieu haben bisher das Wesentliche vernachlässigt. Sie gehen nie über den Standpunkt der universitären Spezialisierung hinaus (Psychologie, Soziologie, Ökonomie) und bleiben so grundsätzlich falsch. (…) Der Faktenfetischismus[2] verhüllt die wesentliche Kategorie und die Details lassen die Totalität[3] vergessen. Über diese Gesellschaft wird alles gesagt, nur nicht das was sie wirklich ist: eine Gesellschaft der Ware und des Spektakels[4].
(...)

Die Inszenierung der Verdinglichung[5] zum Spektakel (*Originalfußnote 2:* Selbstverständlich gebrauchen wir die Begriffe Spektakel, Rolle usw. im situationistischen Sinn.) innerhalb des modernen Kapitalismus zwingt jedem eine Rolle in der generalisierten Passivität auf. Der Student entgeht diesem Gesetz nicht. Es ist eine provisorische Rolle, die ihn auf die endgültige vorbereitet, die er als positives und bewahrendes Element im Warensystem erfüllen wird. Nichts anderes als ein Einführungsritus.

1 Einer in den 50er Jahren gegründeten, u.a. aus der künstlerischen Gruppe der Lettristen hervorgegangenen politisch-künstlerischen Organisation.

2 Der Begriff Faktenfetischismus denunziert hier Vorgehensweisen, denen der Glaube, allein mit Hilfe von „einfachen“ Daten und Fakten sowie daraus gewonnener Gesetzmäßigkeiten gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, vorgeworfen wird. Als problematisch wird daran vor allem das Fehlen eines größeren begrifflich-theoretischen Rahmen kritisiert. Vgl. auch der Positivismus-Streit in der Soziologie.

3 Der Begriff Faktenfetischismus denunziert hier Vorgehensweisen, denen der Glaube, allein mit Hilfe von „einfachen“ Daten und Fakten sowie daraus gewonnener Gesetzmäßigkeiten gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, vorgeworfen wird. Als problematisch wird daran vor allem das Fehlen eines größeren begrifflich-theoretischen Rahmen kritisiert. Vgl. auch der Positivismus-Streit in der Soziologie.

4 Der Begriff des Spektakels ist der Kernbegriff situationistischer Gesellschaftskritik und bezeichnet einen weiterentwickelten Zustand des Kapitalismus u.a. vor dem Hintergrund der sogenannten Dienstleistungsgesellschaft. Das Spektakel bezeichnet dabei sowohl den Zustand der Gesellschaft im Ganzen, als auch Teilbereiche wie beispielsweise die Kulturindustrie sowie letztlich eine Veränderung in der Struktur der Ware selbst. Er setzt die Marxsche Bestimmung der Ware als Tausch- und Gebrauchswert voraus. Ausgehend von der Annahme, dass der Gebrauchswert der Waren in einer Gesellschaft, die sich durch zunehmenden materiellen Reichtum auszeichnet, sinkt, wird die zunehmende Verwandlung der Ware zum Bild festgestellt. Konsumiert wird nicht mehr ein benötigter Gebrauchswert, sondern ein Image, eine Marke, die Erlebnisse verspricht, die mit dem Kauf bereits erlebt und erledigt sein sollen. Dieser zunehmende Konsum vorgefertigter Erfahrungen wird zur hauptsächlichen Handlungs- und Erlebnisweise der Subjekte in der spektakulären Gesellschaft. Strukturen werden passiv erlebt, es wird versucht ihren Anforderungen zu entsprechen anstatt eine aktive Gestaltung dieser Strukturen zu versuchen. Dabei kann Passivität in diesem Zusammenhang durchaus einen Zustand höchster (körperlicher) Aktivität beschreiben. Als Beispiel dafür mag vielleicht das Verhalten auf einem Rummelplatz gelten. Eine ausführliche Ausarbeitung des Begriffs des Spektakels sowie seine Anwendung auf Raum, Zeit, Stadt, Kultur und Geschichte findet sich in Guy

5 Verdinglichung bezieht sich bei den Situationisten auf einen Begriff des marxistischen Theoretikers György Lukács de Szeged (Georg Lukács). Er bezeichnet u.a. einen Zustand, in dem menschliche Beziehungen und Erlebnisse hauptsächlich an Dinge gebunden oder als von Dingen bestimmt betrachtet werden (→ verdinglichtes Bewusstsein). Lukács führt die Verdinglichung zurück auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung und den Warenverkehr als vorherrschende Form menschlichen Austausches. Beispielsweise erscheint beim Kauf einer Ware der Preis als eine dem Kaufobjekt zugehörige Eigenschaft, obwohl er das Ergebnis der Produktions- und Austauschverhältnisse ist. Da diese jedoch letztlich menschengemachte Verhältnisse sind, erscheint im Preis eine menschliche Beziehung verdinglicht als Eigenschaft einer Sache.

Diese Einführung hat auf magische Weise zu allen Kennzeichen der mythischen Einführung zurückgefunden. Sie bleibt völlig von der historischen, individuellen und gesellschaftlichen Wirklichkeit abgeschnitten. Der Student ist ein Wesen, das zwischen einem gegenwärtigen und einem zukünftigen Status steht, die säuberlich voneinander getrennt sind, und deren Grenze mechanisch überschritten wird. Sein schizophrenes Bewußtsein erlaubt es ihm, sich innerhalb einer "Einführungsgesellschaft" zu isolieren, seine Zukunft zu verkennen und sich am Erlebnis der mystischen Einheit zu berauschen, die ihm von einer vor der Geschichte geschützten Gegenwart angeboten wird. Der Hebel für die Umkehrung der offiziellen Wahrheit, d.h. der ökonomischen, kann so einfach entlarvt werden: es ist hart, der studentischen Realität ins Gesicht zu sehen.

Innerhalb einer "Überflußgesellschaft" hat der Student den gegenwärtigen Status einer äußersten Armut. Obwohl mehr als 80% von ihnen aus Bevölkerungsschichten stammen, deren Einkommen das eines Arbeiters übersteigt, verfügen 90% von ihnen über weniger Mittel als der einfachste Lohnempfänger. Das studentische Elend bleibt hinter dem der Gesellschaft des Spektakels zurück, hinter dem neuen Elend des neuen Proletariats. In einer Zeit, wo ein wachsender Teil der Jugend sich immer mehr von den moralischen Vorurteilen und der familiären Autorität befreit, um so früh wie möglich in die Beziehungen einer offenen Ausbeutung einzutreten, bleibt der Student auf jeder Ebene auf einer verantwortungslosen, folgsamen und "verlängerten Unmündigkeit". Während seine verspätete jugendliche Krise ihn etwas in Opposition zu seiner Familie bringt, so akzeptiert er ohne weiteres, in den verschiedenen Institutionen, die sein alltägliches Leben regeln, wie ein Kind behandelt zu werden. (*Original Fußnote 3:* Wo ihn keiner anscheißt, tritt man ihm in den Arsch).
(…)

Aber die Gründe für unsere Verachtung des Studenten sind ganz anderer Art. Sie betreffen nicht nur sein wirkliches Elend, sondern seine Gefälligkeit gegenüber jedem Elend, seine ungesunde Neigung, glückselig Entfremdung[6] in der Hoffnung zu konsumieren, angesichts allgemeiner Interessenlosigkeit das Interesse auf seinen eigenen Mangel zu lenken. Der moderne Kapitalismus bewirkt zwangsläufig, dass der größte Teil der Studenten ganz einfach zu kleinen Kadern wird (d.h. das Äquivalent für den Facharbeiter im 19. Jahrhundert) (*Originalfußnote 4:* Aber ohne das revolutionäre Bewußtsein; der Arbeiter hatte nicht die Illusion des Aufstiegs.). Gegenüber dem elenden, leicht vorauszuahnenden Charakter dieser mehr oder weniger nahen Zukunft, die ihn für das schmachvolle „Elend der Gegenwart" entschädigen soll, zieht der Student es vor, sich seiner Gegenwart zuzuwenden, und sie mit illusorischem Prestige auszuschmücken. Die Kompensierung selbst ist allzu kläglich; der Morgen wird kein roter Morgen sein und zwangsläufig in der Mittelmäßigkeit schwimmen. Deshalb flieht er in eine unwirklich gelebte Gegenwart.

Wie ein stoischer Sklave glaubt der Student sich umso freier, je mehr alle Ketten der Autorität ihn fesseln. Genau wie seine neue Familie, die Universität, hält er sich für das gesellschaftliche Wesen mit der größten „Autonomie", während er doch gleichzeitig und unmittelbar von den zwei mächtigsten Systemen der sozialen Autorität abhängt: der Familie und dem Staat. Er ist ihr ordentliches und dankbares Kind. Nach derselben Logik eines untergeordneten Kindes hat er an allen Werten und Mystifikationen des Systems teil und konzentriert sie in sich. Was einst den Lohnabhängigen aufgezwungene Illusionen waren, wird heute zu einer von der Masse der zukünftigen kleinen Kader verinnerlichten und getragenen Ideologie.
(…)

Da für ihn noch einige Krümel vom Prestige der Universität abfallen, freut sich der Student immer noch, Student zu sein. Zu spät. Der mechanisierte und spezialisierte Unterricht, den er empfängt, ist ebenso heruntergekommen (im Verhältnis zum früheren Niveau bürgerlicher Allgemeinbildung) (*Originalfußnote 5:* Wir sprechen hier nicht von der Ecole NS. oder den Sorbonneärschen, sondern von den Enzyklopädisten oder der Hegels.) wie sein eigenes intellektuelles Niveau im Augenblick seines Studienantritts, aus der einzigen Tatsache heraus, dass das alles beherrschende ökonomische System die Massenhestellung ungebildeter und zum Denken unfähiger Studenten verlangt. Der Student ignoriert, dass die Universität zu einer - institutionalisierten - Organisation des Unwissens geworden ist, dass die „hohe Kultur" selbst sich im selben Tempo wie die Serienproduktion von Professoren auflöst, dass alle Professoren Kretins sind, von denen die meisten sich vor jedweder Gymnasialklasse blamieren würden. Er hört seine Lehrer auch weiterhin mit Respekt, mit dem bewußten Willen, jeden kritischen Geist aufzugeben, um sich besser mit den anderen in der mystischen Illusion einig zu fühlen, „Student" geworden zu sein, jemand, der sich ernsthaft damit beschäftigt, sich ein ernsthaftes Wesen in der Hoffnung anzueignen, man werde ihm auch die letzten Wahrheiten anvertrauen. Das sind die Wechseljahre des Geistes.
(…)

Dem Studenten wird nicht einmal bewußt, dass die Geschichte auch seine lächerliche „abgeschlossene" Welt verändert. Die berühmte „Universitätskrise", Detail einer allgemeineren Krise des modernen Kapitalismus, bleibt Gegenstand eines tauben Dialogs zwischen verschiedenen Spezialisten. In ihr kommen ganz einfach die Schwierigkeiten einer verspäteten Anpassung dieses besonderen Produktionssek-

6 Entfremdung bezeichnet bei Karl Marx zunächst einmal lediglich, dass der Arbeiter, der ein Produkt als Ware produziert, sich von seinem eigenen Produkt entfremdet, da ihm dieses später im wirtschaftlichen Austausch als fremden Gesetzen unterworfenes entgegentritt. Darüber hinaus findet in kapitalistischen Gesellschaften als notwendiges Ergebnis der Produktionsweise auch eine Entfremdung zwischen den Menschen sowie zwischen Mensch und Natur statt.

tors an die Umwandlung des gesamten Produktionsapparates zum Ausdruck. Die Überreste der alten Ideologie einer liberal-bürgerlichen Universität werden in dem Augenblick nichtssagend, wo ihre gesellschaftliche Basis verschwindet. Die Universität konnte sich in der Epoche des Freihandelskapitalismus und seines liberalen Staates als autonomeMacht verstehen, da er ihr eine gewisse marginale Freiheit gewährte. Sie hing in Wirklichkeit eng von den Bedürfnissen dieser Art von Gesellschaft ab: der privilegierten studierenden Minderheit eine angemessene Allgemeinbildung zu vermitteln, bevor sie sich wieder in die herrschende Klasse einreiht, die sie kaum verlassen hatte. Daher das Lächerliche an diesen nostalgischen Professoren (*Originalfußnote 6:* Da sie nicht wagen, sich auf den philisterhaften Liberalismus zu berufen, erfinden sie den Bezug zu Universitätsfreiheiten des Mittelalters, der Epoche der „Demokratie der Unfreiheit".), die darüber verbittert sind, ihre alten Funktionen als Hofhunde der zukünftigen Herren für die viel weniger edle von Schäferhunden eingetauscht zu haben, die die „Weiße-Kragen"-Herren in ihre jeweiligen Fabriken und Büros treiben. Gerade sie setzen ihre Altertümlichkeit der Technokratisierung der Universität entgegen und fahren unbeirrt fort, mit den übriggebliebenen Brocken einer sog. Allgemeinbildung künftige Spezialisten zu füttern, die damit nichts anzufangen wissen.
(…)

Seine äußerst ärmliche ökonomische Lage verurteilt den Studenten zu einer sehr wenig beneidenswerten Form des Überlebens. Aber immer mit sich zufrieden erhebt er sein triviales Elend zu einem originellen „Lebensstil": kultivierte Armut und Boheme. Die „Boheme", die bereits weit davon entfernt ist, eine originelle Lösung zu sein, wird nur nach einem endgültigen und unabänderlichen Bruch mit dem Universititsmilieu echt gelebt werden. Ihre Anhänger unter den Studenten (und alle kokettieren damit, es ein wenig zu sein) klammern sich also lediglich an eine künstliche und heruntergekommene Version dessen, was bestenfalls nur eine mittelmäßige individuelle Lösung ist. Damit verdienen sie sogar die Verachtung von alten Damen auf dem Lande. (…) Innerhalb des Spielraums individueller Freiheit, der durch das totalitäre Spektakel erlaubt wird, und trotz seines mehr oder weniger flexiblen Stundenplanes ignoriert der Student immer noch das Abenteuer und zieht die ihm knapp bemessene alltägliche Raumzeit vor, die für ihn von den Wächtern desselben Spektakels eingerichtet worden ist.

Ohne dazu gezwungen zu sein, trennt er von sich aus Arbeit und Freizeit, wobei er eine scheinheilige Verachtung für die „Büffler" und diejenigen an den Tag legt, die „den Scheinen nachjagen". (…)

Aber das wirkliche Elend des studentischen Alltags findet seinen unmittelbaren und fantastischen Ausgleich in seinem hauptsächlichen Opium: der kulturellen Ware. Im kulturellen Spektakel findet der Student ganz natürlich seinen Platz als respektvoller Schüler wieder. Nahe am Ort der Produktion, aber ohne ihn jemals zu betreten - das Heiligtum bleibt ihm untersagt - entdeckt der Student die „moderne Kultur" als bewundernder Zuschauer. In einer Epoche, wo die Kunst tot ist, bleibt er nahezu allein den Theatern und Filmklubs treu und der gierigste Konsument ihres Leichnams, der tiefgekühlt und und zellophanumhüllt in den Supermärkten an die Hausfrauen des Überflusses verteilt wird. Er nimmt ohne Vorbehalt, ohne Hintergedanken und ohne Distanz daran teil. Da ist er in seinem natürlichen Element. Wären die „Häuser der Kultur" nicht vorhanden, der Student hätte sie erfunden. Er bestätigt vollkommen die banalsten Marktanalysen amerikanischer Soziologen: ostentativer[7] Konsum, Differenzierung in der Werbung zwischen Produkten gleicher Nichtigkeit.
(…)

In seiner Beflissenheit wähnt er sich zur Avantgarde gehörig, weil er den letzten Film Godards gesehen, das letzte argumentistische (*Originalfußnote 10:* Über die argumentistische Gang und das Eingehen ihres Organs siehe das 1963 von der S.I. verteilte Flugblatt „In die Mülleimer der Geschichte".) Buch gekauft, beim letzten Happening Lapassads, dieses Arschlochs, mitgemacht hat. Dieser Ignorant hält den blassesten Ersatz alter Experimente, die in ihrer Epoche wirklich wichtig waren und für den Markt versüßt worden sind, für „revolutionäre", durch Markenzeichen garantierte Neuheiten. Die Hauptsache ist immer, seinen kulturellen Standard zu wahren. Der Student ist wie jedermann stolz darauf, die Taschenbuchausgaben einer Reihe wichtiger und schwieriger Texte zu kaufen, die die „Massenkultur" in beschleunigtem Rhythmus auf den Markt wirft. (*Originalfußnote 11:* Hier kann man nur die Lösung empfehlen, die von den Intelligentesten schon praktiziert wird: die Bücher zu stehlen.) Nur kann er nicht lesen. Er begnügt sich damit, sie mit den Augen zu konsumieren.
(…)

Denn der Student kann gegen nichts rebellieren, ohne gegen seine Studien zu rebellieren und er spürt die Notwendigkeit dieser Rebellion weniger natürlich als der Arbeiter, der spontan gegen seine Lage rebelliert. Aber der Student ist ein Produkt der modernen Gesellschaft, genau wie Godard und Coca-Cola. Seine extreme Entfremdung kann nur durch die Kritik der ganzen Gesellschaft kritisiert werden. Keinesfalls kann diese Kritik auf dem studentischen Gebiet vollzogen werden: der Student als solcher maßt sich einen Pseudowert an, der ihm verbietet, sich seiner wirklichen Enteignung bewußt zu werden und er bleibt damit auf dem Gipfel des falschen Bewußtseins. Aber überall dort, wo die moderne Gesellschaft kritisiert zu werden beginnt, bricht

7 Besonders zur Schau gestellt und auf Beachtung berechnet

eine Revolte der Jugend los, die unmittelbar einer totalen Kritik des studentischen Verhaltens entspricht.
(...)

Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen.
(...)

Auszüge aus der internen Diskussion um den Abdruck des Textes:

(…)

A: Kurz zu meinem Verständnis des Textes: Zunächst einmal handelt es sich dabei ja um ein ein historisches Dokument. Das gibt eine gewisse Distanz zu dem Text: Ihn abzudrucken heißt noch nicht, ihm zuzustimmen, sondern zunächst einmal nur, ihn zu präsentieren. Gleichzeitig ist es langweilig, einen solchen Text nur zu präsentieren um des Präsentieren Willens, das wäre ein gleichgültiges musealisieren. Ich denke jedoch, dass der Text an vielen Stellen immer noch eine enorme und überraschende Aktualität hat, gerade an den Stellen, an denen er mit der von dir beschriebenen Verachtung Aussagen über die Studenten trifft. Darum bin ich dafür, ihn im Hinblick auf unser Thema zurechtzukürzen und damit zuzuspitzen. Interessant finde ich dabei unter anderem den Punkte mit der revoltierenden Attitüde bei gleichzeitiger Abhängigkeit von Familie und Staat. Ein Punkt, der zumindest in Teilen auch auf uns selbst zutrifft.

B: Zur revoltierenden Attitüde bei gleichzeitiger Abhängigkeit von Familie und Staat: Ich denke ein entscheidender Punkt ist hier die Unterscheidung zwischen Attitüde und Bewusstsein. Wenn jemand eine rebellische Persönlichkeit zur Schau trägt und in dieser Inszenierung nicht sieht wie sehr er den gesellschaftlichen Gesetzen und Ideologien gehorcht, dann ist das traurig und blöd. Wenn jemand dagegen mit einem gesellschaftskritischem Bewusstsein durch die Welt rennt und sich als Kritiker oder Aktivist versteht eben weil man eine entschiedene Kritik an den Verhältnissen hat - dann habe ich da keine grundsätzliche Kritik dran zu üben. Natürlich checkt man nicht jede Ideologie und verfällt im Alltag oft einigen ideologischen Maschen, z.b. wenn man sich beim Flirten als supertoller und schlauer Gesellschaftskritiker gibt (ähä...kenn ich..ähm aus Erfahrung). Einen Teil dieser ideologischen Maschen wird man hinterher oder währenddessen bemerken, einen Teil nicht, man ist eben nicht perfekt. Und zu denen, die man bemerkt, kann man sich entweder so stellen, dass man versucht sie Änderung dieser ideologischen Verhaltensweise den Aufwand nicht wert ist, weil sie mir und anderen keinen großen Schaden zufügt.
(…)

A: Eine Kritik an Bildung(-ssystemen) sollte immer auch ihre eigene Herkunft und Position in bzw. aus diesem Bildungssystem bedenken, die ihr ja erst diese Kritik ermöglicht. Der Text bietet Anknüpfungspunkte te für eine solche Selbstreflexion, wobei die (historische) Distanz es dem Leser überlässt, ob er tatsächlich daran anknüpft, oder nicht.

B: Hier habe ich eine andere Einschätzung: wenn mir jemand eine Kritik am Bildungssystem vorlegt, dann schau ich mir die Argumente an und versuche nachzuvollziehen, ob die stimmen oder nicht. Ob der Kritiker ein Student, ein Priester oder ein Kapitalist ist, ist für das Prüfen der Kritik erstmal nicht relevant. Selbst wenn man eine Analyse zur Funktion des Bildungssystems für Einzelkapitale/Unternehmen vorlegt, schaut man doch eigentlich nicht auf den Schreiber dieser Analyse und schaut, ob er nun Unternehmer ist oder was anderes, sondern man sieht sich die Argumentation an und entscheidet dann anhand der Argumente, ob die Analyse Sinn macht oder nicht. Ich denke gerade aus der wissenschaftlichen Distanz, die man zum Gegenstand der Analyse einnehmen muss - man will ja schließlich seine objektiven Bestimmungen und nicht nur die subjektiven Erlebnisse, die man mit dem Untersuchungsgegenstand verbindet versteht man hinterher besser, was es bedeutet Student hier und heute zu sein. Aber ich sehe nicht die Notwendigkeit vorab das Verhältnis von Autor zu Untersuchungsgegenstand zu klären und danach erst den Gegenstand zu analysieren.
(...)

ZUR REFORM VON FORSCHUNG UND LEHRE

[Thomas Gerber]

I. Warum richtet der Staat Forschung und Lehre ein ?

„Der wichtigste Rohstoff unseres Landes liegt in den Köpfen der Menschen. Ihn zu fördern ist Aufgabe der Hochschulen."[1]

Die deutschen Hochschulen sind im Umbruch. In den letzten Jahren erlebten sie die größte Reform seit den 60ern/ 70ern und ein Ende der Umbaumaßnahmen ist immer noch nicht in Sicht. Wer als heutiger Student mit älteren Semestern und Absolventen spricht, bekommt ganz andere Erfahrungen vom Studium zu hören als die heute gängigen. Wo früher noch viele junge Menschen das Studium als eine Art selbstgeleitete Bildungs- und Experimentierzeit begriffen haben, wird den Studenten heute vielerorts in den Einführungsveranstaltungen von Beginn an klar gemacht: das Studium ist vom Arbeitsaufwand her mit einem Job zu vergleichen und genauso ernsthaft anzugehen.

Dieser Umbruch lässt sich nun leicht mit ein paar Stichwörtern umreißen, so haben etwa schon die meisten in diesem Zusammenhang von der Exzellenzinitiative, den mittlerweile fast überall umgesetzten Bachelor und Master-Abschlüssen, von Drittmitteln, Studiengebühren und mit Sicherheit von dem Schlagwort schlechthin gehört: Innovation.

Was aber soll das Ganze? Warum wird reformiert? Und vor allem: Wer reformiert denn da was? Im Folgenden wollen wir diesen Fragen nachgehen. Sie beziehen sich zwar auf die Bundesrepublik, doch sind die Gründe für die aktuellen Reformen von Forschung und Lehre in den meisten westlichen Demokratien die selben und gerade in Europa stecken einige andere große Wirtschaftsmächte in einer ähnlichen Lage wie die BRD. In Teil I soll zunächst mal grundlegend bestimmt werden, warum sich der deutsche Staat überhaupt Forschung und Lehre einrichtet und in Teil II gilt es dann die aktuelle Reform zu verstehen.

Warum wird reformiert?

Die Unzufriedenheit der Politik

Zunächst einmal lässt sich sagen, dass der Grund des ganzen Reformierens in der Unzufriedenheit der Politik liegt. Die politischen Entscheidungsträger der Bundesrepublik klagten über die Leistungsschwäche der deutschen Wissenschaft und des höheren Ausbildungswesens:

„die Situation in deutschen Wissenschaftseinrichtungen [hat] gezeigt, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre nicht mehr zeitgemäß waren und der Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene entgegenstanden".[2]

Die Funktion, die die wissenschaftliche Forschung und Ausbildung dabei für das Land zu erfüllen hat, ist für die Politiker ebenso eindeutig wie anspruchsvoll, ob das nun gegenwärtig die Bundesregierung um Angela Merkel ist, oder noch 1998 diejenige um Gerhard Schröder, die den Bologna-Prozess entschieden vorangetrieben hat:

„Innovation, Wissenschaft und Technik sind von zentraler Bedeutung für die künftigen Lebenschancen der Bürgerinnen und Bürger. Forschung, Qualifikation und neue Technologien bestimmen mit über die Zukunft von Arbeit und Umwelt und über die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft. "[3]

Die Entscheider der Reform und die Ausführenden

An dieser Stelle schon soll eine allseits bekannte und doch umso wichtigere Beobachtung festgehalten werden: der Ausgangspunkt des ganzen Umbaus der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen liegt in einem kritischen Urteil der Politik und eben nicht der Wissenschaft. Es waren nicht die Professoren, nicht die Verwaltungsangestellten an den Universitäten, nicht die Studenten und auch nicht das wissenschaftliche Personal, das die tiefgreifendste Veränderung der deutschen Wissenschaftslandschaft in den letzten Jahrzehnten beschlossen hat, sondern ganz und allein eine außerwissenschaftliche Instanz: die politischen Machthaber. Natürlich sind die Universitäten und Studenten des Landes nicht ganz ohne jeglichen Einfluss. So garantiert etwa die Hochschulautonomie den Universitäten einen gewissen Spielraum bei der Umsetzung der Re-

1 Zu finden unter: www.bundesregierung.de unter Themen/Bildungsrepublik/Studium

2 Bildungsministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2001: „Die deutschen Hochschulen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. An unseren Hochschulen bewegt sich was", S. 9.

3 Aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Die Grünen 1998, S. 24.

4 Sie taten es, indem sie den Protest so auslegten, als deckte er sich mit ihren Zielen und ihrer Kritik am Bildungswesen oder aber sie taten die Protestierenden als „Ewiggestrige" ab, um sie als politisch nicht tragbar abzutun.

formen und auf der anderen Seite waren die bundesweiten Studentenproteste gegen die Reform auch ein Ereignis, auf das die Parteipolitiker mit Sorge blickten und auf das sie reagieren mussten.[4] Die Entscheidung jedoch, dass überhaupt eine Reform stattfindet und wie deren formale Vorgaben aussehen, wurde allein von den politischen Amtsinhabern getroffen und mittels Getzen wirksam gemacht.

Dies ist für sich schon Grund genug zur Kritik: es ist allemal ein absurder Zustand, wenn all die in der höheren Ausbildung und Wissenschaft Tätigen kein Wort über die Zielrichtung und Strategie ihrer Arbeit mitzubestimmen haben und sich hinterher mit den Beschlüssen und Vorgaben konfrontiert sehen.

Wissenschaftliche Wettbewerbsfähigkeit für die ökonomische

Hierzu muss man sich klarmachen, dass die Kritik der Politik dabei auch keine an den Inhalten der wissenschaftlichen Forschung ist. Ihr Maßstab ist bekanntermaßen nicht die Wahrheit der Forschungsergebnisse und Lehrinhalte, sondern, in den Zitaten ist es schon zwei Mal gefallen: es kommt auf die viel beschworene Wettbewerbsfähigkeit an.

Zum einen ist damit nun die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft im internationalen Wissenschaftssystem gemeint, zum anderen die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Die Rechnung, welche die Bundesregierung dabei macht, ist ganz einfach und genauso bekannt: eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulwesens soll zu einem besseren Abschneiden der deutschen Wirtschaft im internationalen Geschäft führen.[5]
Forschung und Lehre werden also offenkundig nicht einfach um ihrer selbst willen betrieben, sondern, so wie in jeder Gesellschaft, richten sie sich nach den in ihr herrschenden Zwecken und das bedeutet hier eben: sie sollen sich als Mittel der nationalen Wirtschaftsförderung gegen die Konkurrenten weltweit bewähren. Nach diesem Zweck begutachten Bund und Länder die Wissenschaftseinrichtungen und nach diesem Kriterium wird deren Leistung bewertet.

Die Politik schaut daher nicht, ob die wissenschaftlichen Ergebnisse richtig sind, sondern allein der Blick auf das nationale Wirtschaftswachstum und das Abschneiden im Vergleich zu den anderen großen Industrienationen reicht aus, um zu sagen: das, was die Wissenschaft bisher leistet, ist nicht wettbewerbfähig genug, führt nicht zu der erwünschten Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Das Ergebnis dieser politischen Bewertung fiel also mangelhaft aus: das deutsche Wissenschaftssystem benötigte dringend einer Überarbeitung, um endlich wieder die gewünschte Leistung zu erbringen.

Die internationale Bildungskonkurrenz

Wissenschaft als Mittel für den Erfolg am Markt

Was aber bedeutet es nun, wenn sich Deutschland als Wissenschaftsstandort in der internationalen Konkurrenz behaupten muss?

Auch in diesem Fall ist es kein Geheimnis, dass es weltweit einen offenen Wettkampf um die besten (Nachwuchs-)Wissenschaftler, die besten Universitäten, die Anzahl der Nobelpreise wie auch die Menge an Patenten und akademischen Veröffentlichungen gibt, die ein Staat für sich verbuchen kann. Jede Regierung, die etwas auf sich hält, beansprucht mit ihren höheren Bildungseinrichtungen und Wissenschaftlern einen Spitzenplatz im globalen Wissenschaftssystem einzunehmen, die deutsche ist da beileibe keine Ausnahme. Auf der Internetpräsenz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist etwa unter der Rubrik „Wissenschaft“ ganz zentral mit der größten Selbstverständlichkeit der Slogan platziert: „Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und Forschung“.
Wieso aber ist international betrachtet der Fortgang der Wissenschaft solch eine erbitterte Konkurrenz-Angelegenheit? Warum liegt der Maßstab im relativen Abschneiden zu anderen nationalen Wissenschaftssystemen und nicht in der Richtigkeit und Nützlichkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse für das Zusammenleben der Menschen?

Jeder Nationalstaat hat die gleiche Stellung zu dem von ihm eingerichteten Wissenschaftssystem: als Wirtschaftsmächte, die auf dem globalisierten Markt gegeneinander antreten, möchten sie alle ihre Forschung und Lehre gerade darauf trimmen, sich als Motor für das nationale Wirtschaftswachstum zu bewähren. Durch den Fortschritt ihres nationalen Wissenschaftsbetriebs relativ zu den anderen soll sich ihren Plänen zufolge dann die Steigerung des nationalen Geschäftsvolumens gegen die anderen Nationalökonomien auf dem Weltmarkt einstellen.[6] So hatte sich die EU im Zuge der 1999 angestoßenen Bologna-Reform (dazu mehr in II.) vorgenommen im Zeitraum von nur 10 Jahren zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu werden.

Nicht zuletzt gilt eine international anerkannte Wissenschaft als Ausweis der Leistungsfähigkeit eines Landes, wie auch als Beitrag zur Förderung nationaler Identität – doch auch hierzu unten mehr.

Die Leistungen nun, welche die Staaten von ihren Wissenschafts- und höheren Bildungseinrichtungen erwarten und wonach sie diese dann auch einrichten sind dabei konkret die folgenden:

- Bereitstellung der benötigten Menge an Fachkräften für den Bedarf von Staat und Wirtschaft[7]

5 Diese Rechnung kann nun gar nicht mit Notwendigkeit aufgehen. Die Wissenschaft ist immer nur Voraussetzung für den Geschäftserfolg der nationalen Unternehmen. Sie alleine macht noch keine Gewinne, da sie auch keine Produkte auf dem Markt absetzt. Es hängt immer von der Entscheidung der Unternehmen ab, ob sie sich wissenschaftliche Erkenntnisse zu eigen und daraus dann ein verkäufliches Produkt machen.

6 Die überall stattfindende internationale Kooperation von Wissenschaftseinrichtungen ist dabei kein Widerspruch hierzu: Durch Zusammenarbeit mit weltweit anerkannten Instituten verbessert man schließlich seine Stellung in der scientific community und hat auch bessere Aussichten auf Anteile an bahnbrechenden Forschungsergebnissen. Auf einen weiteren Aspekt der Kooperation wird weiter unten eingegangen.

7 „Die Bildungspolitik des Staates muss deshalb auch sicherstellen, dass auf dem Arbeitsmarkt genügend ausgebildete Fachkräfte verfügbar sind, und zwar einerseits, was die Anzahl betrifft, andererseits hinsichtlich der Qualität, also bezogen auf die technischen und wirtschaftlichen Anforderungen der modernen, globalisierten Wirtschatswelt.“ Aus: Bundeszentrale für politische Bildung: „Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z“, Bonn 2004, S. 103f.

Der größte Teil der höher qualifizier ten Arbeitskräfte, die später von Unternehmen oder auch vom Staat selbst beschäftigt werden, erhalten ihre Ausbildung an den Universitäten des Landes. Diese erfüllen einen wichtigen Auftrag: sie haben für die Qualifikation der späteren Fachkräfte und Entscheidungsträger des Landes zu sorgen. Von ihrer Leistung hängt es ab, ob den deutschen Unternehmen und dem Staat in Zukunft die richtige Menge an gut qualifizierten Leuten zur Verfügung steht. Dies umfasst also die ganze Breite an höheren Berufen, die in dieser Gesellschaft vorkommen: Lehrer, Richter, Journalisten, Psychologen, Ingenieure, Ärzte etc.

[siehe hierzu auch den Artikel von Harry Aldous Rain]

- Durch Wissensvorsprünge den unternehmerischen Gewinn vergrößern

Wenn man sich die Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung oder auch die Aussagen der führenden Politiker des Landes zur Wissenschaft anschaut, so fällt einem auf, dass zwei Begriffe in aller Munde sind: Wissensvorsprünge und Innovationen. Auf diese käme es insbesondere an.

Was aber bedeutet das? Mit Wissensvorsprüngen ist ein Wissensfortschritt gegenüber anderen Ländern gemeint, der sich entweder direkt in konkurrenzlosen Produkten (weil eben noch keiner diese Technik hat) oder in neuen Produktionsverfahren niederschlägt, die es einem erlauben ein Produkt zu günstigeren Preisen und in höheren Mengen als die anderen Anbieter zu verkaufen.
Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hierzu:

„Bei Produktinnovationen kann der Innovationserfolg in Umsatzanteilen mit neuen Produkten, mit Sortiments- oder mit Marktneuheiten gemessen werden. Als Indikatoren für den Erfolg von Prozessinnovationen werden Kostenreduktionen und Qualitätsverbesserungen betrachtet, die durch die neuen Prozesse erreicht werden konnten. "[8]

Die möglichst schnelle Verwertung von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen bezeichnen Staat und Politik als „Wissens- und Technologietransfer" und gerade dieser Beschleunigung des Übergangs von Wissenschaft zu Wirtschaft lässt die gegenwärtige Bundesregierung besonders viel staatliche Förderung zukommen.[9]

Diese Vermittlung von wissenschaftlichen Entdeckungen zu unternehmerischen Produkten läuft jedoch nicht ausschließlich über Patente, die vor ihrer Anmeldung streng geheim entwickelt werden und dann einmal als Patent angemeldet über Jahre hinweg nur vom Inhaber des Patents angewendet, d.h. nutzbar gemacht werden dürfen. Allein schon dadurch, dass die späteren Beschäftigten der Entwicklungsabteilung eines Unternehmens eine wissenschaftliche Ausbildung an der Spitze der Forschung durchlaufen haben, trägt sich das Wissen der Wissenschaft in die Marktwirtschaft. Deshalb hat der Staat auch ein Interesse daran, dass es zum internationalen Austausch mit hochrangigen Wissenschaftseinrichtungen kommt, zumal dadurch auch persönliche Kontakte zur Elite anderer Länder geknüpft werden.

Die Härte an diesem Umgang mit Wissen ist nun, dass es in diesem Wirtschaftssystem nicht auf Wissen an sich, sondern gerade auf Wissensvorsprünge ankommt. Wissen zählt nur, wenn es exklusiv ist und sich als solches dann dazu eignet den Profit zu vergrößern. Wo ist das Problem?

Exklusiv bedeutet hier, dass man in Besitz einer Technik ist, die es einem erlaubt etwas zu verkaufen, was noch kein anderer auf dem Markt anbietet – oder aber es handelt sich um eine Technik, die die Produktion beschleunigt und verbilligt, so dass man in gleicher Zeit mehr Produkte als andere Unternehmen herstellen kann. Diese lassen sich dann auch mit einem niedrigeren Preis als das Konkurrenzprodukt auf den Markt tragen, womit man mehr Käufer auf sich ziehen kann.

Mit all dem ist zugleich gesagt, dass es bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht einfach darauf ankommt das Leben der Menschen zu vereinfachen und durch die Produktivitätssteigerung der Arbeit die Belastung der arbeitenden Bevölkerung zu senken. Im Gegenteil: technische Neuerungen führen allzu oft zu Entlassungen – es reicht dann eine verringerte Belegschaft für die gleiche Produktionsmenge wie bisher – und stellen die Leute dann vor die Unannehmlichkeiten der Arbeitslosigkeit. Und selbst wenn zur Herstellung eines besonders absatzstarken Produkts zusätzliche Leute eingestellt werden, so führt die Produktivitätssteigerung der Arbeit nie zu einem weniger anstrengenden Arbeitstag. Schließlich kommt es darauf an, aus Geld mehr Geld zu machen, und wenn man sich dann schon als Unternehmer Arbeitskräfte einkauft, dann müssen sich diese als rentabel erweisen. Also lässt man sie so viel wie möglich arbeiten.

Wissensvorsprünge braucht der Staat also wie sich gezeigt hat als Kampfmittel im globalisierten Wettbewerb, um diese nicht zum gemeinsamen Wohle der Menschen, sondern gerade gegen andere Produzenten einzusetzen.

- Entwicklung von Technologien für den Bedarf des Militärs

Nicht zuletzt dient die nationale Forschug und Lehre der Stärkung des eigenen Militärs. Dies geschieht weniger häufig ausdrücklich durch Waffenforschung, als viel häufiger durch Forschungsarbeiten an jenen „dual use"-Technologien, die im zivilen Bereich genutzt werden können, auf die jedoch auch das Militär Zugriff hat und dies natürlich dann gemäß seinen Zwecken und Aufträgen macht.

Die Bundeswehr selbst betreibt zudem an ihren beiden Universitäten militärische Forschung, doch auch schon dadurch, dass ausgebildete Na-

8 BMBF: „Bundesbericht Forschung und Innovation 2010", Kurzfassung, S. 47.
9 Vor allem im Pakt für Forschung & Innovation (dazu später mehr): „Neben der frühzeitigen und systematischen Identifizierung zukunftsweisender Forschungsgebiete, der Nachwuchsförderung, der organisationsübergreifenden Vernetzung und der Internationalisierung sind der Wissens- und Technologietransfer sowie nachhaltige Partner- schaften mit der Wirtschaft wesentliche Ziele des Paktes." Aus: BMBF 2010: „Bundesbericht Forschung und Innovation 2010", Kurzfassung, S. 14.

10 Mehr hierzu unter: http://arbeitskreisaufloesen.blogsport.eu/material/zivilklausel/

turwissenschaftler und Ingenieure in Rüstungskonzernen oder als qualifizierte Fachkräfte technisch anspruchsvolle Aufgaben in der Bundeswehr selbst übernehmen, leistet die Wissenschaft ihren Dienst für das nationale Militär. Ein aktuelles Beispiel für die enge Verzahnung von Wissenschaftsbetrieb und Militär ist die Debatte um die Bremer Stiftungsprofessur des Rüstungskonzerns OHB.[10]

Den Staaten kommt es schließlich darauf an, sich um ihre militärische Potenz zu kümmern, da diese für sie bekanntlich eine wichtige Grundlage ihres Gewaltmonopols ist. Zudem dient sie oft als Drohgebärde und/oder Verhandlungsbasis in diplomatischen Angelegenheiten.

- Pflege der nationalen Identität

Eine ebenso wichtige Leistung der Wissenschaft liegt in der Pflege der nationalen Kulturgüter. Es ist ein besonderes Anliegen des Staates durch die institutionalisierte Beschäftigung mit den Werken und der Geschichte seines Landes und Volkes eine nationale Identität zu stiften.[11]

Vom Sinn und Zweck der Nischenfächer

Abschließend hierzu noch ein Hinweis zu den sogenannten „Orchideenfächern“: dies sind kleine Nischenfächer wie z.B. Christliche Ärcheologie oder Tibetologie, die scheinbar um des reinen Wissens willen betrieben werden und für Wirtschaft und Staat so gut wie kaum handfesten Nutzen haben. Wieso werden diese dann überhaupt aufrecht erhalten? Steht dies im Widerspruch zu den obigen Ausführungen zum Nutzen der Wissenschaft für Wirtschaft und Staat?

Dazu muss man nun zum einen anmerken, dass diese Fächer auch tatsächlich in Nischen stecken, somit auch wenig kosten und daher tatsächlich eine Ausnahme darstellen. Zum anderen jedoch gilt die Aufrechterhaltung von solch exotischen Studien als Prädikat der Stärke und Größe eines Wissenschaftssystems. Es sagt soviel aus wie: Schaut her, wir können es uns leisten sogar solche Forschung zu betreiben, die weit abseits der ökonomisch und staatlich wichtigen Fragen der Tagesordnung steht.[12]

Nicht zuletzt können selbst diese Nischenfächer irgendwann aufgrund von neuen Ereignissen und Entwicklungen zu größeren und gefragten Studiengängen ausgebaut werden, so etwa die Sinologie oder auch die Medizinethik in den letzten Jahren.

Kritik am Wissen nach staatlichem & ökonomischem Maß

Um es nochmal zusammenzufassen: Die Kritik, die hier entwickelt wurde, richtet sich nicht allgemein gegen die Anwendung von Wissen für gesellschaftliche Zwecke, sondern gerade gegen die in unserer Gesellschaft herrschende kapitalistische und staatliche Nutzung des Wissens. Es kommt hierzulande eben auf für Staat und nationale Wirtschaft nützliches Wissen und dementsprechend zweckgemäße Wissensvermittlung an. Wie dargelegt, ist dies eine ziemlich traurige Angelegenheit: es kommt darauf an permanent neues Wissen (→ Innovationen, Wissensvorsprünge) zu produzieren, das kein anderer hat und dessen Verwertung deshalb ein lohnendes Geschäft verspricht. Die Entscheidung darüber, welches Wissen angewandt wird, hängt dann auch nicht vom gesellschaftlichen Bedarf ab, sondern liegt in der Einschätzung von Einzelunternehmen, ob die Anwendung des jeweiligen Wissens genug Profit abwirft oder nicht. Wenn es um die akademische Ausbildung geht, dann kommt es darauf an, solche Leute auszubilden, die später in der Lage sind die verschiedenen Funktionen einer großen Volkswirtschaft im internationale Wettbewerb zu erfüllen. Der politische Maßstab wie auch die Entschuldigung in Richtung der Betroffenen ist stets „der globale Wettbewerb“, dem sich alle Einrichtungen und Menschen unterzuordnen haben und für den es sich anzustrengen gilt. Wenn die Bundesregierung auf ihrer Homepage also sagt, dass der wichtigste Rohstoff des Landes in den Köpfen der Menschen liegt, dann ist klar, dass die Köpfe der Menschen für fremde Zwecke Leistung erbringen sollen und ihre Bedürfnisse hier erstmal nicht zählen.

10 Mehr hierzu unter: http://arbeitskreisaufloesen.blogsport.eu/material/zivilklausel/

11 Siehe etwa im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP 2009, S.66: „Wir werden die Geistes- und Sozialwissenschaften stärken, die von großer Bedeutung für unser kulturelles Gedächtnis und die Gestaltung unserer Zukunft sind.“

12 Siehe auf sueddeutsche.de: „Die Fächer seien „gut in der Lehre, teilweise Spitze in der Forschung und absolut unverzichtbar für unsere Unis und unsere Gesellschaft“, sagt [der nordrhein-westfälische] Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP). Für Traditionsuniversitäten gehörten Orchideenfächer zum Selbstverständnis und würden „eher ausgebaut“.“ Abrufbar unter http://www.sueddeutsche.de/karriere/orchideenfaecher-an-der-uni-mal-museum-mal-geheimdienst-1.143014

II. Wie Forschung und Lehre neu eingerichtet wurden

Nachdem in Teil I erklärt werden sollte, warum die staatlichen Abteilungen ein Wissenschaftssystem samt höherem Ausbildungswesen einrichten, soll es im Folgenden darum gehen zu verstehen, was hinter der jüngsten umfassenden Reform von Forschung und Lehre steckt. Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse wie auch der damit einhergehende Aufbau eines sogenannten Europäischen Hochschulraums sind nun ein wichtiger Teil der von der Politik beschlossenen Anstrengungen, welche die Hochschulen um einer höheren Wettbewerbsfähigkeit willen umzusetzen haben. Was hat es nun damit auf sich?

Der Europäische Hochschulraum

Durch die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums wurde die Grundlage für die Durchsetzung des (nicht nur) europäischen Wettbewerbs von Forschung und Lehre gelegt. Von störenden bürokratischen Hindernissen befreit können nun die Universitäten in ganz Europa um die besten Studenten und Wissenschaftler weltweit werben – und zwar mit der Garantie, dass deren Leistungen in einem international anerkannten und vergleichbaren Notensystem (→ ECTS) erfasst und mit ebenso international durchgesetzten Abschlüssen (→ Bachelor, Master) zertifiziert werden.[13] Um diese Standards zu garantieren, werden die Studiengänge (also z.B. der Bachelor- Studiengang Kulturwissenschaft an der Uni XY) regelmäßig von staatlich damit beauftragten Agenturen geprüft und dürfen nur bei positivem Ergebnis, also als „akkreditierte" Studiengänge, überhaupt den Abschluss verleihen.

Neue Abschlüsse und neue Studienstruktur

Mit der Einführung von Bachelor und Master hat man jedoch nicht einfach zwei neue Titel in die Welt gesetzt, sondern zugleich eine Umstellung von ganzen Studien- und Prüfungsordnungen beschlossen. Der Bachelor ist ausdrücklich als berufsqualifizierender Abschluss angelegt, mit dem die Absolventen nach in der Regel 3 Jahren Regelstudienzeit an den Arbeitsmarkt können. Wer eine wissenschaftliche Karriere oder eine höhere Stelle in Wirtschaft oder Staat anstrebt und die entsprechenden Noten vorweisen kann, der darf darauf das zumeist zweijährige Master-Studium anschließen.[14] Aus der Tatsache, dass die Frage, ob es denn genügend Master-Plätze für die Bachelor-Absolventen gibt, eine politische Streitfrage ist, sieht man schon, dass der Master nicht als der akademische Standard-Abschluss eingeführt wurde. Die Absicht der politischen Entscheider war es nämlich, dass mehr Studenten schon nach 3 Jahren von der Universität ins Erwerbsleben wechseln und eben nicht alle Bachelor-Studenten auch den Master machen.

Sowohl das Bachelor- als auch das Masterstudium ist nun in Module unterteilt. Dies sind Lehreinheiten mit fest definiertem Umfang, die allesamt mit einer Note abgeschlossen werden. Damit fließt jedes Prüfungsergebnis in die Endnote ein, unbenotete Veranstaltungen bilden seither die absolute Ausnahme. Während man früher in den ersten Studienjahren kaum Prüfungen hatte und dafür dann die Abschlussprüfungen von Diplom, Magister und Staatsexamen entscheidend für die Abschlussnote waren, wird heute so gut wie jeder Inhalt abgeprüft und zwar von Anfang an.[15]

„Wissensballast" als volkswirtschaftliches Problem

Die politischen Gründe für diese Umgestaltung lagen in einem Vergleich der damaligen deutschen Abschlüsse mit den international durchgesetzten. Es zeigte sich, dass die Studenten im Ausland viel früher die Universitäten verließen und somit mit deutlich weniger Wissen auf den Arbeitsmarkt gelangten.[16] Die Lehre daraus für das politische Führungspersonal hierzulande war: die deutsche Hochschulausbildung dauert zu lange und ist mit unnötigem Inhalt „überfrachtet". Und zwar deshalb, weil Absolventen in anderen Ländern mit weniger Wissen in die Berufswelt einsteigen und dennoch volkswirtschaftlich gesehen die erwünschte Leistung erbringen können.

Was man also wissen muss, um einen Abschluss im Fach XY zu bekommen, ist wie sich zeigt keine rein wissenschaftliche Entscheidung. Wenn die staatlichen Vorgaben verlangen die alten Studiengänge an die neuen BA & MA- Abschlüsse anzupassen, bedeutet dies für die Fächer ihre Lehrinhalte zu kürzen und an den neuen Rahmen anzupassen. Ob man sich eine Geisteswissenschaft wie etwa die Philosophie oder eine Naturwissenschaft wie die Physik anschaut: in allen Fächern klagen die Professoren, dass sie heute in wesentlich kürzerer Zeit ihre Lehrinhalte abwickeln müssen. Selten kommen sie dabei um inhaltliche Kürzungen herum.

Für „Praxisrelevanz" und „Anwendungsorientierung"

Die erwünschten Ergebnisse der Umstellung, die von solch schönen Umschreibungen wie „Praxisrelevanz" und „Anwendungsorientierung" bestimmt war, finden sich im Gehalt ebendieser Schlagwörter: die Absolventen kommen schneller auf den Arbeitsmarkt, haben aufgrund der geringeren Qualifikation im Vergleich zu Diplom und Magister ein geringeres Einstiegsgehalt – kosten also weniger – und stehen dem Arbeitsmarkt auch länger zur Ver-

13 Dies ist zumindest das Ideal. In der Realität jedoch bestehen oft schon auf nationaler Ebene Schwierigkeiten beim Wechel von einem Bachelor-Studiengang in den anderen. Dies liegt an der Autonomie der Hochschulen, die dazu führte, dass die Studiengänge an versch. Hochschulen komplett unterschiedlich aufgebaut wurden.

14 Die Kultusministerkonferenz im „Qualifikationsrahmen für Deutsche Hochschulabschlüsse" zu den Zugangsvoraussetzungen des Master-Studiums: „Erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss mindestens auf Bachelor-Ebene, plus weitere, von der Hochschule zu definierende Zulassungsvoraussetzungen". Siehe: www.akkreditierungsrat.de/fileadmin/Seiteninhalte/Dokumente/kmk/KMK_050421_Qualifikationsrahmen.pdf

15 „Die Studienstruktur im deutschen Hochschulsystem war durch ein langes Erststudium und ein überwiegend auf Abschlussprüfungen ausgerichtetes Prüfungssystem gekennzeichnet (Diplom, Magister, Staatsexamen), verbunden mit der Freiheit der Lehre und des Lernens." Aus: „Bachelor und Master in Deutschland. Empirische Befunde zur Studienstrukturreform", Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung Uni Kassel, 09.2003.

16 Aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes 2001: „Im Bereich der Hochschulen und insbesondere des Hochschuldienstrechts bestehen gegenwärtig folgende zentrale Probleme: die lange Qualifikationsdauer des wissenschaftlichen Nachwuchses (...)", siehe: www.bmbf.de/pub/bt_drs_hrg.pdf

fügung. Mit den neuen ECTS-Notensystem sieht der zukünftige Arbeitgeber außerdem auf den ersten Blick wie gut der Absolvent im Jahrgangsvergleich abgeschnitten hat.[17] Inhaltlich wurden die neuen Studiengänge ebenso stärker an der Praxis, also an den Erfordernissen des Erwerbslebens, orientiert: so sind außerfachliche Qualifikationsmaßnahmen im Bereich von Soft Skills und Selbstvermarktung mittlerweile für jeden Bachelor-Studenten Pflicht. Die einzelnen Maßnahmen zeugen von der Dringlichkeit der Sorge der Politik, dass die nationale akademische Ausbildung nicht die Leistung für die nationale Wirtschaft bringt, die die Politik von ihr erwartet.

Für den Staat bedeutet die Kürzung der Studiendauer nicht zuletzt weniger Ausgaben pro Student - insbesondere wenn noch Studiengebühren und Langzeitstudiengebühren eingeführt werden.

Die politischen Entscheidungsträger wollen mehr Studenten

In der Bundesrepublik findet schon seit Jahrzehnten ein Ausbau der Studienplätze statt, der nun durch die Bachelor- und Master-Umstellung sowie weitere politische Maßnahmen wie dem Hochschulpakt für zusätzliche Studienplätze befördert wird. Es ist ausdrücklicher Wunsch der politischen Entscheidungsträger, dass mehr Menschen eine Hochschulausbildung absolvieren, wobei sich jedoch der Bachelor als Massen-Abschluss durchsetzen soll und in der Tat auch durchgesetzt hat.[18]

Was man daraus lernen kann: Wie viele Menschen also in den Genuß einer Hochschulausbildung kommen ist eine politische Entscheidung. Während das Studieren bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts überwiegend den oberen Gesellschaftsschichten vorbehalten war, brauchen heute auch einfachere Fachkräfte eine Ausbildung an der Hochschule. Wer also als „begabt“ genug für die Aufnahme eines Studiums gilt und wer nicht, ist offenkundig von Zeit und Regierung abhängig. Siehe etwa in der Veröffentlichung „Bildung in Deutschland 2010“ der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: „Zu den erklärten hochschulpolitischen Zielen gehört in Deutschland eine Erhöhung der Absolventenzahl und -quote. Der Wissenschaftsrat hält langfristig eine Absolventenquote von 35% für sinnvoll.“

Eine neue Methode des Wissenschaftsbetriebs

Mit der Anpassung der Studiengänge an die international durchgesetzten angelsächsischen Abschlüsse waren die Anstrengungen um eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Deutschland jedoch bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Denn es bestand ein entscheidender Unterschied zwischen den so erfolgreichen (im Sinne von: mehr Nobelpreise, mehr Veröffentlichungen, bessere Rankings) amerikanischen und britischen Wissenschaftssystemen auf der einen Seite und dem deutschen auf der anderen: in den angelsächsischen Wissenschaftseinrichtungen fand und findet immer noch auf jeder Ebene Steuerung durch Wettbewerb statt. Dies bedeutet, dass das Wissenschaftssystem darauf ausgelegt ist die Leistungen von Individuen, Instituten und Universitäten in permanenten Vergleich zueinander zu setzen und dann die Wettbewerbsgewinner auszuzeichnen und finanziell zu belohnen.

So wurden dann in Deutschland eine ganze Reihe von tiefgreifenden Veränderungen auf den Weg gebracht, die Forschung und Lehre nach dem neuen vielgepriesenen Motto von „Produktivitätssteigerung durch Wettbewerb“ umstrukturierten. Darunter fallen unter anderem die Exzellenzinitiative, der „Pakt für Forschung und Innovation“ wie auch die neue Hochschulfinanzierung.

Zur Profilbildung der neuen deutschen Hochschullandschaft

Die Exzellenzinitiative steht für die Umsetzung der von der Politik gewünschten stärkeren Profilierung der deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen: es soll sich ein kleiner Kreis an Elite-Universitäten herausbilden, die sich um die Produktion neuer Erkenntnisse für Staat und Wirtschaft wie auch um die Ausbildung der zukünftigen gesellschaftlichen Elite bemühen. Diesen gegenüber steht dann eine große Menge an mittelmäßigen Massenuniversitäten, die sich um die Ausbildung der höher qualifizierten Fachkräfte dieses Landes kümmern soll. Mit dieser tendenziellen Arbeitsteilung von Eliteeinrichtungen für die gesellschaftliche Wissensproduktion und Massenuniversitäten für die höhere Ausbildung erhofft sich der Staat eine Effektivierung der nationalen Forschung und Lehre. So werden etwa mit dem Pakt für Forschung und Innovation die außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen (wie Max-Planck-Gesellschaft, Deutsche Forschungsgemeinschaft etc.) durch kontinuierliche Steigerungen ihrer Budgets wie auch zusätzlicher Finanzspritzen für neue Projekte gefördert.

Die neue Hochschulfinanzierung: „Leistungsbezogene Mittelvergabe“

Die Hochschulfinanzierung ist aber der entscheidende Hebel, mit der der Staat das Wettbewerbsprinzip flächendeckend im Hochschulwesen umsetzt. Mit der Änderung des Hochschulrahmengesetzes 1998 setzte der Gesetzgeber eine „leistungsbezogene Mittelvergabe“ durch. Dies bedeutet, dass die Hochschulen nicht mehr wie bis dahin eine von den jeweiligen Landesministerien festgelegtes Budget bekommen, sondern die Höhe der Finanzmittel von verschiedenen von den jeweiligen Bundesländern bestimmten Kriterien abhängig ist.[19] Dies sind etwa die Anzahl der Absolventen pro Jahr (oft gewichtet nach Studienfach), die Höhe

17 Im ECTS- Notensystem bekommen von den Studenten, die eine Prüfung bestehen, die besten 10% die Note A, die nächsten 25% die Note B, die nächsten 30% dann die Note C und die nächsten 25% dann ein D, während die schlechtesten 10% ein E bekommen.

18 BMBF in „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009“ hierzu: „Der Bologna-Prozess hat dazu geführt, dass in den meisten Studienfächern der Bachelor der Regelabschluss geworden ist.“ (S. 155) sowie: „Unter den Studierenden, die sich in einem postgradualen Studium (z.B. Zweit- studium, Masterstudium, Ergänzungsstudium, Promotion) befinden, stellen diejenigen, die eine Promotion anstreben, die größte Gruppe dar (…).“ (S. 157)

19 Die Hochschulen können diese Kriterien selbst gewichten, die Kultusministerien machen jedoch eindeutige formelle Vorgaben, in dessen Rahmen sich dann die Hochschulen bewegen können.

20 „Als Drittmittel bezeichnet man im Wissenschaftsbetrieb jene Anteile an der Finanzierung von konkreten Forschungsvorhaben, die nicht aus dem Etat der vom zuständigen Ministerium für die Hochschulen bereitgestellten Mittel stammen (diese Mittel sind dann die Erstmittel). Drittmittel stammen nicht nur aus der Privatwirtschaft, sondern auch aus öffentlichen Forschungsförderungen bestimmter Forschungsprojekte (…).“ Siehe Wikipedia.

der eingeworbenen Drittmittel oder auch die Frauenquote, um nur ein paar zu nennen.[20]Die Hochschulen haben im Übrigen den ausdrücklichen Auf trag Drittmittel einzuwerben - siehe etwa das Landeshochschulgesetz Baden-Württembergs §13 (6): „Der den Hochschulen obliegende Auftrag zur Einwerbung von Mitteln Dritter und sonstigen Einnahmen wird von den hauptberuflich tätigen Mitgliedern der Hochschule wahrgenommen."

Dadurch wiederum wird auch Einfluss auf die Inhalte der Forschung und Lehre genommen: schließlich werden so insbesondere solche wissenschaftlichen Abteilungen gefördert, deren Ergebnisse eine baldige Verwertung erhoffen lassen. Genau dies jedoch ist auch von den politischen Entscheidungsträgern gewünscht.

In ähnlicher Weise wurde die Professorenbesoldung umstrukturiert, sie wird nun von der neuen altersunabhängigen „Besoldungsordnung W" geregelt: hier gibt es auch einen Festbetrag, jedoch keine Gehaltsobergrenze. Was der einzelne Professor vom Staat ausgezahlt bekommt, bemisst sich an seinen Leistungen in Forschung, Lehre wie auch am Umfang von Verwaltungs- und Gremienarbeit.

Mehr Wettbewerb für mehr verwertbaren Output

Die Studenten, Professoren, Institute und Universitäten konkurrieren nun also gegeneinander um die besten Studienplätze, die bestbezahlten Stellen sowie um staatliche und private Finanzmittel. Evaluationen, Akkreditierungen, Rankings stehen auf der Tagesordnung. Als Währungen der wissenschaftlichen Leistung zählen dabei: die Zahl der Veröffentlichungen in einschlägigen Fachzeitschriften, der angemeldeten Patente und eingeworbenen Drittmittel. Mit diesem Leistungsdruck also plant die Politik nun den wissenschaftlichen „Output" und seine Verwertung zu befördern. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Forschung und Bildung tatsächlich zu einem ökonomischen Markt werden, allein schon deshalb nicht, weil Universitäten nichts verkaufen und auch nicht Pleite gehen können. Wissenschaft und Wirtschaft sind getrennt voneinander und nach unterschiedlichen Grundsätzen staatlich eingerichtet. Das Wissenschaftssystem wird nach wie vor vom Staat getragen und nach seinen Zwecken eingerichtet. Es geschieht daher auch gerade aufgrund dieser staatlichen Zwecke, dass mehr Wettbewerbselemente Einzug halten. So ist es auch die staatliche Hochschulfinanzierung, die wie oben gezeigt das Eintreiben von Drittmitteln ankurbelt und nicht etwa ein von der Wirtschaft ausgeübter Druck, dem sich der Staat willenlos beugt.[21]

Studieren damals und heute

Abschließend noch ein Hinweis zu der einleitenden Beobachtung von Hochschulausbildung und Wissenschaft vor der Reform in Teil I: damals war die Forschung und Lehre tatsächlich von einer anderen Einschätzung der politischen Führung geprägt, die es den Studenten erlaubte ihre Studienzeit als Bildungs- und Experimentierzeit wahrzunehmen. Der damals herrschenden politischen Einschätzung zufolge erzielte man die maximale Nützlichkeit der Wissenschaft für Staat und Wirtschaft dadurch, dass man die Wissenschaft so gut es geht ihren Gang gehen ließ und die in ihr Tätigen von den Mühen der Erwerbsarbeit fern hielt. Man hatte das Ideal vor Augen, dass die späteren „Leistungsträger" im Studium Freiräume brauchten, um Neues auszuprobieren und Lebenserfahrung zu sammeln. Doch bedeutete dies nichts anderes als das staatlich gewährte Privilieg einer Auszeit von den gewöhnlichen gesellschaftlichen Anforderungen und Zwängen, um dann danach gerade dafür besonders leistungsfähig und „innovativ" zu sein. Für diejenigen also, die es in der Lernkonkurrenz soweit gebracht hatten, dass sie ein Studium aufnehmen durften, beinhaltete die Studienzeit in der Tat mehr Freiheiten als für die heutigen Studenten. Die Leistung jedoch, die die Wissenschaft für Wirtschaft und Staat zu erbringen hatte, war die selbe - genauso wie die Entscheidungshoheit über die Grundsätze der höheren Bildung auch damals allein bei den damit beauftragten staatlichen Stellen lag.

Was also tatsächlich hinter all den politischen Umschreibungen steckt, die so fallen, wenn es um Wissenschaft und Bildung geht, hoffen wir nun deutlich gemacht zu haben. „Gesellschaftliche Teilhabe" und „unser Wohlstand" klingen erstmal prächtig, doch was damit gemeint ist, ist überaus schädlich. Wir wollen eine Wissenschaft und Bildung fernab von den Erfordernissen einer ökonomischen und zwischenstaatlichen Konkurrenz, eine Gesellschaft in der Wissen dazu da ist, den Menschen das Leben zu erleichtern und in der zusammen entschieden wird, wie Bildung und Forschung ablaufen.

20 „Als Drittmittel bezeichnet man im Wissenschaftsbetrieb jene Anteile an der Finanzierung von konkreten Forschungsvorhaben, die nicht aus dem Etat der vom zuständigen Ministerium für die Hochschulen bereitgestellten Mittel stammen (diese Mittel sind dann die Erstmittel). Drittmittel stammen nicht nur aus der Privatwirtschaft, sondern auch aus öffentlichen Forschungsförderungen bestimmter Forschungsprojekte (…)." Siehe Wikipedia.

21 Siehe etwa im Landeshochschulgesetz Baden-Württembergs: §13 (1) „Die Hochschulen tragen zur Finanzierung der ihnen übertragenen Aufgaben durch Einwerbung von Mitteln Dritter und durch sonstige Einnahmen bei.

„Mehr Kinder - ähh Neue Mütter - braucht das deutsche Land!“

[Ninel Ovechkin]

Über Bevölkerungspolitik und das Geschlechterverhältnis

Von offizieller Seite aus wird seit einigen Jahren ein Kurs gefahren, der postuliert, dass Geschlecht bei der Frage der persönlichen Lebensgestaltung keine einschränkende Rolle mehr spielt bzw. spielen soll. Nun sei wirklich jede und jeder seines und ihres eigenen Glückes Schmied.[1] Die formelle Gleichheit ist verwirklicht, das heißt alle Gesetzestexte sind geschlechtsneutral formuliert[2] Gesetzesreformen und Maßnahmen sollen dort ansetzen, wo die wirkliche Gleichstellung der beiden Geschlechter nicht realisiert und eine Benachteiligung von sogenannten Frauen gegeben ist. In Bezug auf Gesetze bedeutet dies, dass die politischen Entscheidungsträger_innen sich darauf verpflichten den unterschiedlichen Wirkungen, die diese auf „Männer” und „Frauen” haben, Rechnung zu tragen und für die Förderung der Gleichstellung zu sorgen: Gendermainstreaming wird das genannt.[3]

Doch trotz der verwirklichten rechtlichen Gleichheit und des Ausrufs bzw. bereits längerer politischer Förderung der Chancengleichheit für „Frau“ und „Mann“ bleiben weiterhin bemerkbare Unterschiede bestehen. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger: gesamtgesellschaftlich, also das Einkommen aller beschäftigten sogenannten Frauen zusammengenommen verglichen mit dem der sogenannten Männer. Aber auch dann, wenn eine „Frau“ genau denselben Job ausübt wie ein „Mann“. Sie sind häufig im außerhäuslichen, niedrig bezahlten - staatlich wie privaten - Reproduktionssektor[4] tätig und in sämtlichen Führungsetagen mehr als unterrepräsentiert. Und auch sie sind es, welche in heterosexuellen Paaren[5], zumeist für die in Privat-Haushalten anfallenden Tätigkeiten zuständig sind - sprich Essenkochen und Kindererziehung. Das bedeutet häufig eine Doppelbelastung für Frauen, da ein Einkommen schon länger in wenigen Familien ausreicht. Geschlecht scheint also doch noch ein entscheidendes Gewicht bei der Frage zu spielen, welche gesellschaftliche und soziale Rolle du einnimmst, wo du wie arbeitest und wieviel Kohle du dabei verdienst. Ein Anlass, der Sache in diesem Text anhand der Gesetzesreform zum Elterngeld (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz - BEEG) zumindest teilweise auf den Grund zu gehen.[6]

Es soll ausgeführt werden, dass es gerade an der rechtlichen Gleichheit liegt, welche die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und all ihre Folgen eher festigt, als dieser ein Ende zu bereiten. Ob die einzelnen politischen Akteure (bspw. hier die federführenden Parteien CDU/CSU und SPD) tatsächlich die Gleichstellung fördern wollen oder nicht, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Denn bei ihrer gleichstellungspolitischen Absicht ist die gleiche rechtliche Behandlung vorausgesetzt. Und genau damit manifestieren sie den bestehenden Unterschied.

Bereits bei der Einführung des Erziehungsgeldes für Mütter und Väter Ende der 1980er-Jahre war eine der Zielbestimmungen, dass es Alternativen zur traditionellen Arbeitsteilung im Geschlechterverhältnis bieten sollte. Unabhängig vom Geschlecht sollte jenen, die sich um die Kindererziehung kümmerten, dafür in den ersten Monaten der Betreuung ein gewisser Geldbetrag zur Verfügung stehen. Zu 99% waren es Frauen, die das Erziehungsgeld bezogen. Seit der Reform von 2006 heißt das Erziehungsgeld nun Elterngeld. Inhaltlich erhofft sich der Gesetzgeber seitdem vieles: a) den Geburtenrückgang zu stoppen, b) dem Bedarf der Unternehmen nach (qualifizierten) Arbeitskräften nachzukommen, c) das Armutsrisiko von Familien (und Frauen) über die Erwerbstätigkeit von Frauen zu mindern, d) Familien zu stärken und e) „zu einer gleichberechtigten Teilhabe an Familienaufgaben und Erwerbstätigkeiten“[7] beizutragen. Letzteres bedeutet, dass sich beide Geschlechter neben der Arbeit

1 Als Voraussetzung gilt dafür entweder „Mann“ oder „Frau“ sein zu müssen. Zu der Festlegung auf eine dieser beiden Geschlechter nach der Geburt sind die Eltern bzw. ein Elternteil durch die Eintragung in die Geburtsurkunde und das Personenstandsregister verpflichtet: Es gibt nur Staatsbürger und Staatsbürgerinnen.

2 Frauen sind wie Männer freie und gleiche Rechtssubjekte. Die einzigen Gesetze, die nicht geschlechtsneutral formuliert sind und nicht für beide Geschlechter gelten, sind das Abtreibungsrecht, das Mutterschutzgesetz, das Sorgerecht und das Unterhaltsrecht über den Teil zur Abstammung (Mutterschaft/Vaterschaft).

3 „Das Leitprinzip Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet die politischen Akteure, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu analysieren und ihre Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen.“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über Gendermainstreaming)

4 Reproduktion soll hier die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von der Ware Arbeitskraft und bestehender Verhältnisse bezeichnen. Dazu gehören Tätigkeiten wie Putzen, Pflege und Kindererziehung. In aktuellen Debatten wird häufig der Begriff Caresektor verwendet.

5 Dieser Text bezieht sich, insofern hier von Paaren die Rede ist, vornehmlich auf heterosexuelle Beziehungen, da es um den Nachweis geht, warum in diesen von keinem Ende der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen sogenannten Frauen und Männern die Rede sein kann. Das heißt nicht, dass sämtliche Sachverhalte, die hier dargelegt werden nicht auch für Menschen in homosexuellen Paarbeziehungen oder solchen, die sich einer Einteilung in homo-hetero entziehen, gelten. Mit und ohne Paarbeziehung sind Menschen mit dem spezifischen Problem konfrontiert, was es in dieser Gesellschaft bedeutet, an die notwendigen Dinge des Bedarfs zu kommen und sich zu reproduzieren: Hausarbeit und Erwerbstätigkeit unter einen Hut zu bringen. Das heißt, sie stehen vor der Frage, auf welche Art und Weise dies (gemeinsam) zu organisieren ist.

6 Die Erklärung, dann muss ja doch was essentiell mit „Geschlecht“ verbunden sein, wie sie so einige vertreten, weist erstmal das Problem auf, dass der Mensch in seiner sozialen Verfasstheit ein Produkt der Gesellschaft ist. Er weist nichts an sich wesensmäßig auf, außer dass er sich reflexiv und mit Willen auf Natur und Menschen beziehen kann. Und auch aus dem meist als der letzte unwiderlegbare harte Fakt vorgetragenen biologischen Unterschied, dass einige Menschen die Fähigkeit haben Kinder zu gebären, andere eben nicht, folgt nichts weiter: Nichts darüber welche Bedeutung dies hat, wie die Bedingungen der Geburt aussehen, wer für den Säugling verantwortlich ist, was die Menschen sonst noch für Eigenschaften haben, geschweige denn, dass dies dann „Mann“ und „Frau“ sind. In dieser Sortierung fallen nicht nur solche auf, die obwohl „Frau“ nicht gebärfähig sind (bspw. Kinder, ältere Frauen) oder die Gebärfähigkeit nicht benützen wollen, sondern auch die nicht wenigen Menschen, die in diese Kategorien hineingedrängt werden und/oder dem per Skalpell praktische Wirksamkeit verliehen wird, wenn ihnen bei Geburt keines der beiden Geschlechter eindeutig zugeordnet werden kann. Die Bedeutung, Interpretationen und Folgen von Naturgegebenheiten sind immer Produkt von Menschen und somit gesellschaftlich. Es kann also nichts als Erklärung in das Geschlecht selber hineinverlagert werden.

7 Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes, BT-Drucks. 16/1889 (2006), S.18.

um Hausarbeit und Kinder kümmern sollen können. Denn Frauen sollen - trotz Kindern - über die Lohnarbeit finanzielle Unabhängigkeit erlangen und Männern sollen - trotz Arbeit - die Möglichkeit haben, aktive Väter zu sein. „Das Gesetz will dabei ausdrücklich keine Aufgabenverteilung in den Familien festlegen, sondern die unterschiedlichen Präferenzen für Beruf und Familie unterstützen.“[8]

Lohnarbeit von Frauen und gerade Müttern taucht hier als Lösung auf für alle fünf Ziele und soll sechstens noch einen Beitrag zur Gleichstellung leisten. Das Elterngeld ist also die Klappe für alle Fliegen? Um das zu beantworten, stellt sich eine grundsätzlichere Frage: Aus welchen Gründen existiert überhaupt diese Art staatlicher Leistung? Und wie gestalten sich seine veränderten Konditionen von denen sich die politischen Entscheidungsträger_innen so viel erhoffen? Was für Auswirkungen sind aus den gesetzlichen geschlechtsneutralen Bestimmungen heraus zu erwarten und welche seiner Ziele bestätigen sich? Was bedeutet also in diesem Rahmen die Förderung von Chancengleichheit?

1. Über die Grundlage der Hoffnungen: Elterngeld

„Das Elterngeld hilft Eltern, die sich im ersten Lebensjahr des Neugeborenen vorrangig der Betreuung ihres Kindes widmen, bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage.“[9]

Der Staat möchte grundsätzlich durch die Zahlung des Elterngeldes a) Menschen, die nach der Geburt eines Kindes eine Einkommenseinbuße haben, da sie auf Grund der Betreuung keiner Erwerbstätigkeit (oder dieser eingeschränkt) nachgehen können, ein Auskommen gewähren und b) sicherstellen, dass die U1- Kinderbetreuung[10] hauptsächlich in der Familie bzw. zu Hause stattfindet („Schonraum Familie“).

Kontinuität bzw. was beständig bleibt...

Zum Leben unter den bestehenden Verhältnissen braucht man Geld, um an die Dinge für die eigene Existenz zu gelangen. Dass die meisten Menschen nur an Geld kommen, wenn sie ihre Arbeitskraft verkaufen, ist dabei die Grundlage. Sie sind freie Lohnarbeiter_innen, frei von den Mitteln (z.B. Maschinen), die ihnen die Herstellung der Dinge ihres Bedarfs ermöglichen, und frei dazu, ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. Durch diesen Verkauf erhalten sie einen Lohn, über den sie ihr Auskommen bewerkstelligen und welcher der Höhe nach monatlich gerade so reicht, dass sie Tag für Tag, Monat für Monat und Jahr für Jahr morgens auf der Matte stehen - gesetzt den Fall, ihr_e Arbeitgeber_in weiß sie auch gewinnbringend einzusetzen. Das Bestreiten ihrer Existenz auf dieser Grundlage stellt jedoch erstmal einen ständigen Angriff darauf dar, dass Menschen sich auch zeitlich wie materiell um Kinder sorgen können und daher auch, ob sie welche bekommen wollen. Mit Möglichkeit der Verhütung und des nicht strafrechtlich verfolgten Schwangerschaftsabbruchs ist das noch mehr eine Frage der persönlichen Entscheidung. Das Bekommen-Wollen spielt also eine noch größere Rolle als in Zeiten, als in Zeiten, in denen Kinder häufig eine schwierig zu verhindernde Begleiterscheinung von Sex zwischen sogenannten Männern und Frauen waren.

Wie geplant auch immer Kinder zustande gekommen sind, sind sie dann aber werdende freie Lohnarbeiter_innen und StaatsbürgerInnen. Da diese die Grundlage seiner Existenz und für das weitere Bestehen der kapitalistischen Produktionsweise sind, kümmert sich der Staat um die Bedingungen der Vermehrung. Dies macht er bspw., indem er Eltern mit finanziellen Leistungen wie dem Elterngeld unterstützt. Da es ihm jedoch nicht nur um neue Arbeitskräfte geht, sondern auch darum, wie diese neuen Menschen für ihre Nutzung durch Unternehmen ausgestattet sind und sie sich außerdem als seine StaatsbürgerInnen eignen sollen, ist für ihn die Frage von Interesse, wie die Erziehung der Kinder aussieht.

Die Zeiten des staatlich gestützten Familienmodells mit einem Ernährerlohn, in denen die (Ehe-)Frau zu Hause im Privaten der Gewalt ihres Mannes ausgeliefert war und für die Kindererziehung abgestellt wurde, sind vorbei. Da der Ernährerlohn auch früher schon nur dem Ideal nach für die ganze Familie ausreichte, gingen jedoch immer schon viele „Frauen“ neben der Versorgung von „Mann“ und Kind für einen Zuverdienst arbeiten. Doch schon lange reicht auch das nicht mehr, mindestens sind zwei volle Einkommen nötig - selbst bei einer Kleinfamilie mit nur einem Kind. Das Elterngeld soll nun im Gegensatz zum Erziehungsgeld widerspiegeln, dass es keine Leistung vor allem für die Erziehung des Kindes ist, sondern ein Dienst an den ansonsten arbeitenden Eltern. Doch bereits das Erziehungsgeld trug der Entwicklung Rechnung, dass bei den meisten ein Einkommen nicht mehr ausreichte und fungierte als Ausgleichsleistung für dasjenige Einkommen, welches auf Grund der frühkindlichen Betreuung fehlte oder niedriger[11] ausfiel. Also trotz Namensänderung und Ende des durchgesetzten Ernährerlohn-Modells ändert sich nichts an der Sache: Das Elterngeld fungiert als Zuschuss zu den Löhnen, von denen Familien anteilig und Alleinerziehende[12] hauptsächlich ihr Auskommen bestreiten können sollen. Der Vorrang der Lohnfinanzierung der Erziehungszeit bleibt damit bestehen. Dieser ist wirksam über die Verpflichtung der Eltern[13] sowohl einander als auch ihrer Kinder gegenüber. Dazu dient die monatliche Geldzahlung Elterngeld vom Staat als Zuschuss. Soweit - so schlecht - so gleich.

Diskontinuität bzw. was sich ändert...

Die grundlegenden Veränderungen, von denen sich der Gesetzgeber so viel erhofft, beziehen sich indes (1) auf die Bemessungsgrundlage, damit einhergehend auf die Höhe der

8 Gesetzentwurf, BT-Drucks. 16/1889 (2006), S.15.
9 BMFSFJ (Hg.): Dossier. Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik, August 2008, S.7.
10 Die Betreuung von Kindern im ersten Lebensjahr.
11 Durch eine spätere Reform des Erziehungsgeldes war es möglich neben dem Bezug 30 Stunden pro Woche zu arbeiten. Diese Regelung verändert sich nicht.
12 Bei Alleinerziehenden ist das Elterngeld als Zuschuss zum Unterhaltsanspruch des Kindes und dem der „Betreuung“ konzipiert.
13 Diese Verpflichtung ist bei (ehemaligen) Eheleuten übrigens stärker.

Zahlung, (2) auf die Möglichkeit der Aufteilung der Zuwendung und (3) auf die Bezugsdauer:

(1) Aus der vorher einkommensunabhängigen Zahlung wird eine einkommensabhängige Zahlung. Während der Regelsatz des Erziehungsgeld 300 Euro betrug, beträgt er jetzt in der Regel 67% des vor der Geburt des Kindes erzielten Einkommens (mindestens 300 und höchstens 1.800 Euro).[14]

(2) Während beim Erziehungsgeld lediglich eine Person anspruchsberechtigt war, ist es beim Elterngeld nun möglich, dass zwei Personen (beide Elternteile) sich den Zeitraum des Anspruchs teilen oder sie können die Monatsbeträge auch gleichzeitig bei reduziertem Betrag ausgezahlt bekommen.[15] Eine Person muss bei Teilung des Anspruchs mindestens zwei Monate und höchstens zwölf Monate die beziehende Person sein.

(3) Damit verbunden wird die Regelbezugsdauer insgesamt von zwei Jahren auf zwölf bzw. 14 Monate gekürzt. Paare können 14 Monate Elterngeld beziehen, wenn sie die Bezugsdauer untereinander aufteilen. Alleinerziehende, die vor der Geburt ein Einkommen bezogen, haben generell einen Anspruch für diesen Zeitraum.

2. Über die Hoffnungen: Kinder und Arbeitskräfte

Immer wieder ist in den Medien die Rede von einem demografischen Wandel in Deutschland. Der Geburtenrückgang wird beklagt: Paare entscheiden sich immer später für Kinder, Kinderlosigkeit ist weit verbreitet und die Geburtenrate pro Frau ist mit 1,36 (Stand 2006) eine der niedrigsten der Welt. Häufig reicht es aus, dies zu erwähnen und alle scheinen zu wissen: Es ist ein Horrorszenario! Auch wenn es prinzipiell eigentlich genügend Menschen (und Maschinen) gäbe, die genügend produzieren könnten, um alle zu versorgen und immer noch genügend Menschen übrig blieben, die sich um diejenigen Menschen kümmern könnten, welche noch weitere Hilfestellung in ihrem Leben brauchen. An einem Mangel an Menschen kann es also eigentlich nicht liegen. In der öffentlichen Diskussion wird dagegen als eins der Probleme ausgemacht, dass es der deutschen Wirtschaft an Arbeitskräften fehle, vor allem an qualifizierten. Dies zeichne sich bereits jetzt ab und langfristig würde sich das Problem verschärfen, wie es ein Handbuch zum Elterngeld verlauten lässt.[16]

Mehr Kinder pro „Fraukopf“

Wenn aber dies das Problem ist, warum werden die deutschen Grenzen nicht einfach geöffnet? Genügend Menschen, die ihre Arbeitskraft in Deutschland verkaufen wollen, gibt es bekanntlich ja. Doch in der Öffnung der Grenzen sieht die deutsche Regierung nicht die Lösung für das Problem der mangelnden Arbeitskräfte. Dies verweist darauf, dass der Staat schon ein Interesse daran hat, dass es sich um deutschen oder zumindest in seinem Sinne aufgezogenen Nachwuchs handelt, der sich ihm auch verpflichtet weiß.

Also bleibt langfristig das „Problem“ des Geburtenrückgangs. Als Ursache für die niedrige Geburtenrate wird gesehen, dass ein einziges Einkommen für Familien beileibe nicht mehr ausreicht: Kinderlose Paare und kinderlose Frauen stünden besser da als Eltern und Mütter.[17] Immer mehr Paare würden sich - trotz Kinderwunsch - aus materiellen und Karriere-Gründen gegen ein Kind entscheiden. Vor allem, dass Akademikerinnen häufig kinderlos bleiben, wird als Problem benannt.

Mehr Arbeit pro „Fraukopf“

Dem akuten Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften der Unternehmen soll durch die Wiedereingliederung von sogenannten Frauen in den Arbeitsmarkt nach der Geburt eines Kindes abgeholfen werden. Im Gesetzentwurf beklagten sich die federführenden Parteien (CDU, SPD): Noch immer seien es zu viele Mütter, die nach den ersten drei Jahren Elternzeit nicht an ihren vorherigen Arbeitsplatz zurückkehrten. Sie gingen erst wieder arbeiten, wenn das Kind viel älter sei und müssten sich dann einen neuen Job suchen. Als Ursache dafür wird ausgemacht, dass diese Mütter Schwierigkeiten hätten, sich wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, da sie eine zu lange Auszeit genommen haben und keine guten Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung existierten.

Just an dieser Stelle überschneidet sich das Ziel der Gleichstellung mit den anderen beiden Hoffnungen. Erstens soll über die Lohnarbeit von Frauen deren erhöhtem Armutsrisiko vorgebeugt und ihre finanzielle Unabhängigkeit gefördert werden. Dabei verringert die Kürzung der Bezugszeit auf ein Jahr die Möglichkeit einer längeren Auszeit und schubst direkt viele sogenannte Frauen schneller wieder auf den Arbeitsmarkt. Dies soll den Bedarf der Unternehmen nach Arbeitskräften stillen, steht aber in Konflikt mit dem Ziel, die Menschen auch zum Kinderkriegen zu animieren. Zweitens sollen im Sinne der Gleichstellung Frauen die gleichen Chancen in Bezug auf ihre berufliche Entwicklung haben wie Männer. Durch eine Teilung der Betreuungszeit soll sich die Auszeit von sogenannten Frauen nochmals verkürzen und somit ihr Karriereeinschnitt weniger hart ausfallen. Also mit der Möglichkeit „zur gleichberechtigten Teilhabe an Familienaufgaben und Erwerbstätigkeit“[18] sollen beruflich ambitionierte Frauen wieder vermehrt Kinder bekommen und dann auch gleich den Bedarf nach (qualifizierten) Arbeitskräften stillen.

Das Elterngeld soll somit dem Phänomen begegnen, dass

14 Es sind ca. 67%. Konkret ist die Regelung etwas komplizierter – im Einzelnen: Ab einem Bruttoerwerbseinkommen von 2.769 Euro monatlich (Grundlage ist der Durchschnitt der Einkommen der vorangegangenen zwölf Monate) erhält man feste 1.800 Euro Elterngeld. Mehr gibt es auch für Besserverdiener_innen nicht. Verdient man zwischen 1.200 und diesem Höchstbetrag, liegt die Rate bei 65-67%. Ist das Einkommen hingegen geringer als 1.000 Euro, steigt der Anteil auf 100% bis der Mindestbetrag von 300 Euro erreicht ist. Erhält man Arbeitslosengeld II /Sozialhilfe, soll dieses mit dem Elterngeld verrechnet werden (zum Zeitpunkt des Verfassens Anfang Mai 2012 noch nicht entschieden). Während der Anspruch auf Erziehungsgeld ab einer Höhe des Jahres-(Brutto)Einkommen von 60.000 / 46.000 Euro (Paare/ Alleinerziehende) verfiel, erhalten nun nur noch diejenigen kein Geld mehr, die mehr als 500.000 / 250.000 Euro verdienen.

15 Das heißt, wenn beide Eltern zum Beispiel in den ersten sieben Monaten Elterngeld gleichzeitig beziehen, sind die Beträge für 14 Monate verbraucht.

16 Siehe BMFSFJ (Hg.): Das neue Elterngeld. Umsetzung in der betrieblichen Praxis, August 2008, S.4-7.

17 Vgl. Gesetzentwurf, BT-Drucks. 16/1889 (2006), S.1.

18 Gesetzentwurf, BT-Drucks. 16/1889 (2006), S.18.

sichMenschen trotz Kinderwunsch aus materiellen und karrieretechnischen Gründen gegen ein Kind entscheiden oder wegen des Kindes Schwierigkeiten oder Nachteile in der beruflichen Konkurrenz haben. Gleicht das Elterngeld nun diese „Schieflagen" besser aus als das Erziehungsgeld? Wie wirkt das Elterngeld? Ist es ein Beitrag zur Gleichstellung?

a) Über den materiellen Anreiz: Trotz allem Ja zum Kinde zu sagen

...oder auch Abreiz?

Nur von der reinen Einnahmeseite her betrachtet bedeutet das Elterngeld seiner Höhe nach für den einzelnen Menschen, welcher vor der Geburt des Kindes Arbeistlosengeld II/ Sozialhilfe bezog, dass ihm das Elterngeld komplett als Einkommen angerechnet wird und sich somit das Arbeitslosengeld bzw. die Sozialhilfe stark verringert. Für Niedrigverdienende bedeutet es, den Mindestbetrag von 300 Euro oder etwas mehr zu erhalten; während es für etwas Besserverdienende bedeutet, in der Zeit des Ausfalls unter dem Aspekt des zur Verfügung stehenden Geldes näher an den finanziellen Stand vor der Geburt des Kindes heranzukommen – manche kommen nahe heran, andere kaum. Für richtig Gutverdienende kann es den Wegfall des Erwerbseinkommens nicht ausgleichen. Im Vergleich zum Erziehungsgeld ändert sich für Niedrig-Verdienende der Höhe nach also kaum etwas bis nichts, für vormals ALG II/Sozialhilfe-Bezieher_innen bedeutet es ein klares Weniger. Lediglich Besserverdienende mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von ca. 3.800 bis 20.800 Euro erhalten nun überhaupt erst Geld, wobei im Verhältnis zu ihrem vorherigen monatlichen Einkommen 1.800 Euro nicht viel darstellt. Während die neuen Konditionen im Vergleich zum Erziehungsgeld als ein klarer Kinder-Abreiz für Bezieher_innen von ALG II/Sozialhilfe wirken, taugen sie allemal als kleiner finanzieller Anreiz für vor der Geburt des Kindes Besserverdienende.

Also federt das Elterngeld auf der Einnahmeseite für Angehörige höherer Lohngruppen den Einkommenseinbruch im Vergleich zur Situation vor der Geburt etwas ab. Der Lohn, den man bereits vor der Geburt des Kindes bezieht, reicht meistens mindestens gerade so für die eigene Reproduktion und gewöhnlich müssen sich die Menschen in ihrem Lebensstandard nach ihm richten. Ein Kind bedeutet jedoch nicht nur die eingeschränkte oder ganz ausbleibende Möglichkeit, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen und somit einen Einkommensausfall. Es erhöht auch die Anzahl der notwendigen Dinge des Bedarfs rapide - an die man in dieser Gesellschaft nur vermittelt über Geld kommt. Also steht einem sehr viel weniger Geld im Vergleich zu vorher zur Verfügung. Das bedeutet entweder ein Einbüßen des vorherigen Standards oder es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es überhaupt möglich ist, für die eigene Reproduktion und die des Kindes zu sorgen. Das heißt, es ist nicht von der Bedeutungf genommen, die ein zweites (Erwerbs-)Einkommen für die finanzielle Lage in diesem Zeitraum spielt. Dies Bereitet somit die materielle Grundlage auf welcher die Entscheidung bei Paaren oder gemeinsam Erziehenden getroffen wird, auf wessen Einkommen anteilig verzichtet wird (und ob 30 Stunden arbeiten neben Elterngeldbezügen genutzt werden oder nicht).

...allein oder im Stand der Ehe?

Dieses fehlende zweite Einkommen stellt nach wie vor einen Teil der besonderen Härte für Alleinerziehende dar.[19] Das macht sich nochmal stärker geltend für Unverheiratete als für Geschiedene und wird durch das Elterngeld nicht ansatzweise gemildert. Und - wer hätte es geahnt: Die Person, welche als Alleinerziehende und Unterhaltsberechtigte auftritt, ist fast immer eine „Frau". Denn noch immer sind sogenannte Frauen den herrschenden gesellschaftlichen Konventionen nach diejenigen, die sich selbst eher in der Rolle sehen und von anderen in dieser gesehen werden, sich um das Kind zu kümmern.[20] Häufig geht damit einher, dass die sogenannten Frauen entweder zeitweilig nicht arbeiten und/ oder zumindest Abstriche in Bezug auf ihr berufliches Vorankommen machen und somit zugleich Alleinerziehende und Unterhaltsberechtigte sind. Also ist und bleibt die beste Absicherung für die Person bzw. für die sogenannte Frau, die das Kind aufzieht, die „Familie" und das am besten im Stand der Ehe.

... und wer verdient mehr?

Zweitens bleibt bei der Entscheidung von Paaren, wer das Elterngeld bezieht, weiterhin die Höhe der beiden Verdienste vor der Geburt als oft Ausschlag gebendes Kriterium bestehen. Es rechnet sich einfach, auf das niedrigere Einkommen anteilig zu verzichten. Da sogenannte Frauen zumeist weniger verdienen, ist gegeben, dass es sich anbietet, wenn sie das Elterngeld beziehen. Die Reproduktion der bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung durch die Inanspruchnahme des Elterngeldes durch diejenige mit dem geringeren Einkommen ist demnach für viele am attraktivsten - außer in den Fällen, in denen sie das einzige, ein gleich hohes wie oder höheres Einkommen als ihr Partner bezieht.

19 Zwar haben besserverdienende Alleinerziehende mit dem Elterngeld einen geringen materiellen Vorteil gegenüber der gleichen Situation mit Erziehungsgeld. Mit der Bedeutung des zweiten Erwerbseinkommens für die finanzielle Lage geht jedoch einher, dass es für Alleinerziehende, die es sowieso bereits häufig schwieriger als Paare haben (und sei es nur über die alleinige Verantwortung für das Kind), über die Abhängigkeit von ihrem Unterhaltsanspruch gegen den anderen Elternteil eine zusätzliche Härte erhalten. Denn es ist eher die Regel als die Ausnahme, dass es eine Schwierigkeit für die unterhaltsberechtigte Person darstellt, den Unterhalt in vollem Umfang auch wirklich zu bekommen. Da die Person, welche den Unterhalt zahlen muss, des öfteren kein sonderliches Interesse daran zeigt, diesen zu entrichten, muss dieser nicht selten eingeklagt werden oder wird bspw. zurückgestellt, um die zwischenmenschliche Beziehung nicht zu belasten. Diese Schwierigkeit hat noch ein größeres Ausmaß erhalten: Spätestens seit der Reform des Unterhaltsrechts 2009 steht der Unterhaltsanspruch selber in vielen Situationen zur Disposition. Seitdem muss nämlich die unterhaltsberechtigte Person nachweisen, warum sie nicht selber (wenigstens eingeschränkt) erwerbstätig sein kann. Dies kann in der Regel darauf reduziert werden, dass sie unter Druck gesetzt werden kann den Nachweis zu erbringen, warum sie ihr Kind nicht in staatliche oder private Kindertageseinrichtungen geben und dann auch arbeiten gehen kann.

20 Diese Aufgabe gehört zu den gesetzlichen Rechten und Pflichten der Elternschaft insgesamt. Dabei ist jedoch die Frage der Abstammung gesetzlich eindeutig über die Mutterschaft geregelt, während die der Vaterschaft eher zur Disposition steht.

b) Über die Kürzung und Teilung der Bezugsdauer: „arbeitende Mütter“ und „aktive Väter“

Der akute Bedarf nach (qualifizierten) Arbeitskräften soll durch die Wiedereingliederung von sogenannten Frauen in den Arbeitsmarkt nach der Geburt gedeckt werden. Das heißt, auf der Grundlage, dass ein Einkommen mit Kind häufig nicht ausreicht, möchte der Staat diesen Bedarf stillen und die finanzielle Notlage von Alleinerziehenden und in Familien ‚lösen‘. Mit der zeitlichen Kürzung der Unterstützung soll den sogenannten Frauen also Beine gemacht werden.

Kürzung - Mütter auf den Arbeitsmarkt

...also das Ende der Armut und finanziellen Abhängigkeit?

Erstmal wirkt die Kürzung der Bezugsdauer direkt: Nur noch zwölf oder 14 Monate ist die Grundlage für eine komplette (oder teilweise) Freistellung von der Lohnarbeit. Die Menschen beziehen nur noch ein Jahr staatliche Leistungen und fehlen nur noch ein Jahr als Arbeitskräfte. Somit sind Bezieher_innen von Elterngeld erstmal der Tendenz nach insgesamt ein Jahr weniger dem möglichen Zugriff durch die Unternehmen entzogen. Dies wird - wie ausgeführt - in erhöhtem Maße solche „Frauen“ betreffen, die vor der Geburt wenig verdienen und entweder nicht durch ein weiteres Einkommen unterstützt werden oder, falls vorhanden, dieses nicht ausreicht, um sie und ein Kind zu versorgen. Das Elterngeld bietet ihnen somit nur noch grundsätzlich ein Jahr die Möglichkeit der Freistellung von Lohnarbeit. Dies bedeutet entweder neben der Ü1-Halbtagskindbetreuung zusätzlich eine Teilzeitarbeit anzunehmen oder bei einer verstärkten finanziellen Angewiesenheit auf die arbeitende Person noch weniger Geld zur Verfügung zu haben.

Diese Mütter müssen also weiterhin mit Kind und nun einem – noch verstärkten – Mangel wirtschaften. Dies bringt sie i.d.R. tatsächlich und ein Jahr schneller dazu, wieder auf Arbeitssuche zu gehen. Dabei ist erstens der Druck stärker, irgendeine Arbeit unter welchen Konditionen auch immer anzunehmen. Zweitens hängt ihre finanzielle Lage immer ab von der gewinnbringenden Einsetzbarkeit ihrer Arbeitskraft durch ein Unternehmen: ob sie überhaupt eingesetzt wird und wenn ja, unter welchen Konditionen.[21] Also sehen Eltern - insbesondere Frauen - nichts vom Ende des Armutsrisikos und von der angeblichen Förderung ihrer finanziellen „Unabhängigkeit“ vom anderen Elternteil.

...wer muss eigentlich geschubst werden?

Diese sogenannten Frauen, welche bereits vor der Geburt wenig verdienten und das Einkommen des Partners nicht ausreichte, sind i.d.R. auch nach zwei- bis dreijähriger Auszeit sowieso wieder arbeiten gegangen - ob sie wollten oder nicht: Kein Anreiz zur Wiedereingliederung von Nöten! Sie stellen nun mit Kind die Masse an leicht austauschbaren Voll- und häufiger noch Teilzeitarbeitskräften, die niedrig entlohnt werden und sich neben ihrer Arbeit noch um Kinder und Haushalt kümmern müssen.

Einige, bei denen das andere Einkommen für alle Beteiligten gerade so ausreichen muss, hatten und haben keine weiteren Chancen und/oder Ambitionen in ihrem Leben, auf ihre berufliche Entwicklung zu setzen und streben diese vor allem nach der Geburt eines Kindes auch nicht mehr an. Bei diesen wirkt die direkte Kürzung der Bezugszeit nur bedingt - insofern, dass es sie nicht unbedingt schneller auf den Arbeitsmarkt wirft. Während dies in der Ehe über die finanzielle Verwiesenheit aufeinander funktioniert, ist es bei geschiedenen und unverheirateten Alleinerziehenden nahezu unmöglich. Denn deren Betreuungs- und im Falle der Scheidung auch späterer Unterhaltsanspruch steht insofern zur Disposition, dass sie nachweisen müssen, keine Arbeit annehmen zu können. Unter diesen Bedingungen wird einerseits die Ehe zum äußerst sicheren Hafen der finanziellen Abhängigkeit vom Anderen: Innerhalb einer Ehe ist es okay, wenn die Frau nicht arbeitet und sich in das „Private“ zurückzieht. Die Trennung jedoch kann sie direkt in die Doppelbelastung bringen.

Bleiben jene sogenannten Frauen übrig, die in ihrem Leben auf berufliches Vorankommen setzen wollen und dafür gute Voraussetzungen sehen. Durch die Geburt eines Kindes müssen sie häufig ihre berufliche Entwicklung und Tätigkeit dann doch irgendwie ‚zwangsläufig‘ einschränken, da bisher sie es in der Realität sind - und nicht der Partner -, die eine lange Auszeit nehmen. Kinderbetreuung ist zu selten eine Alternative: Es existieren weiterhin keine guten Rahmenbedingungen. Letzteres ist der Politik auch aufgefallen und soll nun bspw. durch einen Ausbau von Kindertagesstätten behoben werden. Beim Thema Geschlechterdifferenz der Elternzeit setzt der Gesetzgeber mit dem Elterngeld an: Die Teilung der Bezugsdauer zwischen den Elternteilen soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Teilung - Kinder als “Karrierebremse“ und vice versa

Aber was macht denn die Vereinbarkeit so schwierig? Und was hat es mit dem Nachteil bei den beruflichen Bestrebungen auf sich? Warum haben die Menschen nach einer Auszeit Schwierigkeiten, wieder an ihren vorherigen Arbeitsplatz zurückzukehren? Und ändert daran das Elterngeld grundsätzlich etwas? Oder wird dieser Nachteil zumindest im Sinne der Chancengleichheit besser zwischen sogenannten Männern und Frauen verteilt?

Ein Kind stellt unter gegebenen Verhältnissen nicht nur einen zusätzlichen finanziellen Aufwand dar, sondern nimmt auch Zeit, Aufmerksamkeit und Kraft in Anspruch. Dies ist ja erstmal für sich genommen überhaupt kein Nachteil.

21 Die Bezahlung hängt auch noch von anderen Faktoren ab, wie beispielsweise von der Ausbildung im Verhältnis zur Nachfrage, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann.

Es wird jedoch zu einem Nachteil, wenn eigentlich von den Menschen verlangt wird, gerade diese Zeit, Aufmerksamkeit und Energie ihrer Arbeit zu widmen. Im Arbeitsvertrag wird geregelt, dass der Mensch seine Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit verkauft, die somit zur Verfügung des anderen Vertragspartners steht, für den es gerade auf die Verausgabung dieser Arbeitskraft ankommt. Also ist der Standpunkt, auf den sich der Vertragspartner, sprich ein Unternehmen bzw. Auftraggeber, stellt, dass erstens ihm diese für den Zeitraum auch voll zur Verfügung zu stehen hat. Zweitens ist die Grundlage dafür geschaffen, genau diese Zeit in Form von Überstunden auszuweiten. Kinder aber müssen betreut werden, und selbst wenn die Betreuung prinzipiell außerhäuslich stattfindet, müssen doch zum Teil zu Hause gepflegt werden, wenn sie bspw. krank werden. Da sie dann auch Raum und Kopf nach der Arbeit einnehmen, stellen Kinder einen Abzug an dem da, was der (Lohn-)Arbeit gewidmet werden könnte. Ein weiterer Abtrag sind nächtliche Wachstunden sprich Schlafmangel. Das beeinflusst die Konzentration und somit die Arbeitsleistung mindestens an diesem Tag negativ. So wird ein „Kind haben" zu einem Nachteil in der Konkurrenz um Arbeitsplätze mit anderen, weil Eltern bzw. ein Elternteil tatsächlich deswegen weniger verfügbar sind und berufliche Einschnitte in Kauf nehmen müssen. Außerdem ist auf Seiten der Arbeitgeber das Urteil weit verbreitet, dass arbeitende Eltern bzw. -teile sich weniger ihrer Arbeit und dem Erfolg des Unternehmens verpflichtet fühlen.

Geschlechtsspezifische Ungleichverteilungen ändern - im Sinne des Kapitals

Im Rahmen der Diskussion um Familienfreundlichkeit gibt es zunehmend ein Lob von staatlicher Seite für Unternehmen, die selbst Kinderbetreuung organisieren, etwa in Form eines Betriebskindergartens. Das scheint ein Mittel gegen die „Karrierebremse Kind" zu sein, weil sich der Arbeitgeber um die Betreuung kümmern lässt. Für das Unternehmen sind das nicht nur Kosten. Denn diese Maßnahme hilft auch, Ausfallzeiten der eigenen Arbeitskraft zu reduzieren, die das Unternehmen anderweitig ausgleichen müsste. Aber auch für die Person als Arbeitskraft ist die Auszeit oft von Nachteil: Sie muss sich wieder neu einarbeiten, ist vielleicht nicht mehr auf dem aktuellen wissenschaftlichen, technischen, gesetzlichen oder organisatorischen Stand und hat möglicherweise Erfahrung und damit einhergehende Aufstiegschancen eingebüßt. Außerdem ist sie zwar Stress gewohnt, welche die Kinderbetreuung mit sich bringt, aber das ist in der Regel eine andere Art als der Arbeitsstress. Dadurch wird es schwierig, den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes zu entsprechen, der ja eingerichtet ist wie vorher: mit der gleichen (oder sogar verstärkten) Intensität und Extensität. Und drittens gerinnt diese Dequalifikation - gemessen am Maßstab der geforderten Leistung - wiederum zu einem Nachteil des Unternehmens, der diese Person wieder einstellen muss. (Was einen zeitweiligen Kündigungsschutz mit sich bringt). Dies bietet dann wiederum die Grundlage für das negative Urteil, welches viele Unternehmensführungen bzw. Personalmanager über bestimmte Personen vorab fällen, bei denen unterstellt wird: Sie könnten „Kinder haben" und eine „Auszeit" nehmen. Das spiegelt sich auch darin wider, welche Aufstiegschancen sogenannten Frauen geboten werden und wie Unternehmen sonst mit ihnen verfahren.

Die politischen Entscheidungsträger_innen wiederum wollen zwar diesen Effekt nicht, aber noch weniger wollen sie grundlegend etwas ändern an den bestehenden Beziehungen zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre, an der Konkurrenz und an dem Maßstab, den die Arbeitgeber_innen bzw. Unternehmen in Bezug auf Leistungsfähigkeit, Verfügbarkeit und Verpflichtung anlegen.[22] Somit ändert sich auch nichts an den „Schieflagen" bzw. den Gründen, welche die Frage der Vereinbarkeit überhaupt aufmacht und diese dann auch so schwierig gestaltet. Aber über die Aufteilung der zusätzlichen Lasten und Nachteile zwischen sogenannten Frauen und Männern, die unter bestehenden Bedingungen „Kinderbetreuung" bedeuten, soll verhindert werden, dass zugunsten der Karriere auf ein Kind und zugunsten des Kindes auf die Karriere (qualifizierte Arbeitskraft) verzichtet wird. Und, dass den Verzicht allein die sogenannten Frauen leisten.

Die Teilung der Auszeit ist schmackhafter gemacht, da die Gesamtbezugszeit des Elterngeldes von zwölf auf 14 Monate erhöht wird – wenn sie von beiden Partner_innen in Anspruch genommen wird. Insgesamt ist vorweg genommen, dass dies nicht als Anreiz für Alleinerziehende wirken kann. Die Möglichkeit der Teilung des Elterngeldes für Paare und gemeinsam Erziehende kommt vor allem (weil man sich auch gegen „ökonomische Vernunft" für eine Aufteilung entscheiden kann) bei jenen ins Spiel, die a) es sich leisten können eine materielle Einbuße in Kauf zu nehmen oder b) beide gleich viel verdienen.

Ausgehend vom puren Maßstab „Nützlichkeit" im Sinne des Unternehmens macht es jedoch nur einen kleinen Unterschied, wie sich die Auszeit der Dauer nach gestaltet. Denn prinzipiell bleibt die Auszeit (und spätere eingeschränkte Verfügbarkeit) ja gegeben - mit ihren Nachteilen für das Unternehmen und einhergehenden Folgen für dann beide Elternteile.[23] Die stärkere politische Förderung einer Aufteilung dieser Auszeit kann also nur sehr bedingt dem entgegenwirken, dass selbst eine kurze Auszeit zu nehmen wenig attraktiv erscheint.

Neue Väter, neue Mütter

Die Entscheidung hängt dabei auch von der prinzipiellen Bereitschaft ab, die klassischen Vorstellungen über „Frau als Mutter" und „Mann (als Vater)" nicht nur in Frage zu stellen, sondern auch selber eine andere Rollenverteilung zu leben. Väter konnten sich in der Regel früher sicher sein, dass nicht

22 Auch wenn momentan vom Gesetzgeber versucht wird, Unternehmen Familienfreundlichkeit schmackhaft zu machen - der Maßstab, dass dies auch für sie in irgendeiner Weise nützlich sein muss, bleibt.

23 Nach der Auszeit stellt sich dann wiederum in Bezug auf die nachteiligen Folgen der eingeschränkten Verfügbarkeit die Frage, ob beide und/oder wer sich hauptsächlich als verantwortlich für das Kind erweist.

sie es waren, die auf ihre berufliche Tätigkeit und ihr Vorankommen zugunsten des Kindes verzichten mussten. Nun mit der Teilung der Bezugsdauer ist denjenigen Vätern, bei denen es sich der Paarhaushalt leisten kann und welche den Willen zeigen, sich auch um das Kind zu kümmern, die Möglichkeit gegeben, dafür nicht eine zu lange berufliche Auszeit nehmen zu müssen. Das Bild des „aktiven Vaters" berücksichtigt, gestaltet sich der grundsätzliche, gesellschaftlich verbreitete Standpunkt für den „Mann" also als solcher: Er kann neben seiner beruflichen Tätigkeit aktiver Vater sein. Seine Positionierung als derjenige, der auf jeden Fall arbeiten geht, bleibt bestehen. Das neue Bild des „aktiven Vaters" baut also auf der klassischen Vorstellung auf. Genauso das Bild der „arbeitenden Mutter": Bei ihr hingegen ist es gesellschaftlich selbstverständlich, dass sie für die Kinderbetreuung verantwortlich ist. Der grundsätzliche Standpunkt gestaltet sich dementsprechend für die „Frau" wie folgt: Sie muss sich neben ihrer beruflichen Tätigkeit um das Kind kümmern und hat durch das Elterngeld die Möglichkeit, den Vater bei der Kinderbetreuung **auch** in die Pflicht zu nehmen. Sie kann bei einer Teilung der Bezugsdauer nun trotz der Kinderbetreuung ihren beruflichen Einschnitt nicht zu hart gestalten und ihre Auszeit verkürzen.

Das Elterngeld bietet also vor allem jenen eher gut verdienenden oder/und beruflich-ambitionierten Frauen (bzw. solchen, die als einzige oder gleich viel wie ihre Partner verdienen) die Möglichkeit, sich ggf. nicht komplett von ihrem Anspruch an sich selbst, dass vor allem sie als Mutter es ist, die sich in erster Linie um das Kind kümmern muss, komplett zu lösen und dennoch ihren beruflichen Einschnitt nicht zu hart zu gestalten. Das Aufteilen der Härten der individuellen und generationellen Reproduktion scheint also für bestimmte sogenannte Frauen am Horizont aufzublitzen - aber immer nur gesetzt den Fall, sie haben einen Mann, der auch aktiver Vater sein will. Dazu ist durch den Einfluss der Lohnhöhe auf die Entscheidung gegeben, dass sie sich in der Konkurrenz bewähren bzw. bewährt haben müssen oder zumindest in dieser besser als ihr Partner dastehen. Konkurrenz bedeutet notwendigerweise Gewinner_innen und Verlierer_innen. Letztere haben eindeutig schlechtere Karten in der Hand in Bezug auf die Teilung der Kinderbetreuung - was wiederum für die meisten „Frauen" bedeutet, dass sich nichts an ihrer klassischen Doppelbelastung verändert.

Und unter Berücksichtigung des Bildes der zwar „neuen", aber dennoch „Mutter" ist es nicht verwunderlich, dass es zu 84% Frauen sind, welche bei einer Teilung der Bezugszeit[24] länger Elterngeld beziehen, 91% dies in den ersten Lebensmonaten des Kindes machen, während sogenannte Männer im Falle einer Teilung zu 70% zwei, und zu 20% drei bis neun Monate lang Elterngeld beziehen.[25] Und die sogenannte Frau eher diejenige ist, die sich im Falle einer Krankheit des Kindes um dieses kümmert.

Mission failed or acomplished?

Ob diese Frauen nun den Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften der Unternehmen stillen, bleibt offen. Jedoch wird die Politik, welche mit und auf Grundlage gleicher Behandlung kalkuliert, ihrer Ziele schon mal in zwei Sachen gerecht und etwas weiteres passiert - ob gewollt oder nicht - nebenbei:

(1) Die Form „Familie" bei Geburt eines Kindes bleibt für die meisten Menschen finanziell und in Bezug auf ihren Job am attraktivsten.

2) Elterngeld bietet wenn überhaupt einen kleinen materiellen Anreiz für solche Menschen, die sich in der Konkurrenz um Arbeitsstellen eher als Gewinner_innen herausgestellt haben und bei denen Vollzeitlohnarbeit tendenziell gegeben ist. Hingegen wird der Vermehrung von denjenigen, die in der Konkurrenz den Kürzeren gezogen haben, Einhalt geboten.[26] Dies geschieht schlicht durch den materiellen Abreiz für Niedrigverdiener_innen, Nachkommen in die Welt zu setzen. Damit tritt der Staat mit dem Maßstab an sie heran, sich als im Sinne des Kapitals nützlich zu erweisen und sich darin in seinem Sinne zu bewähren[27]. Daran gemessen fällt die Politik dann das falsche Urteil, dass - falls sie scheitern - es von ihnen persönlich abhänge. Dies macht der Staat dann zum ausschlaggebenden Punkt, ob diese Menschen in ihrem Kinderwunsch unterstützt werden sollen oder eben nicht. Da Kinder von ALGII / Sozialhilfe-Bezieher_innen tendenziell als „verwahrlost" und für die Zwecke des Staates als „unbrauchbar" gelten, wird bei ihnen - trotz des Wunsches nach mehr Deutschen - auf die Bremse gedrückt. Wohingegen gerade andere für diesen nationalen Auftrag eingespannt werden: „Akademikerinnen" bzw. Besserverdienende sieht die deutsche Regierung anscheinend als die besten an, um eine Kindererziehung zu gewährleisten, die ihrem Wunsch nach qualifizierten Arbeitskräften nachkommt.

Akademiker_innen-Kinder oder/und Kinder von begüterten Familien haben nicht nur bessere Ausgangsbedingungen, weil sie gleich eine Menge Konkurrenzstoff wie (Aus-) Bildung von zu Hause in gewissem Maße schon angeboten bekommen. Auch kann einiges mit Geld ausgeglichen werden (beispielsweise Nachhilfe, besondere Schulen etc.), was für Kinder aus armen Familien einfach nicht drin ist. Insofern liegt der Staat auch bei bestehender Gleichheit gar nicht falsch, wenn er davon ausgeht, dass gutsituierte Eltern eher qualifizierte Arbeitskräfte hervorbringen.

(3) Dass als Resultat der erstmalige Erziehungsauftrag dann vor allem von Frauen ausgeführt wird, ist durch den Einfluss der Höhe des vorherigen Lohns, dem nach wie vor existierenden Karriere-Einschnitt, den ein Kind darstellt, und bei gegebenen gesellschaftlichen Konventionen abzusehen.

24 Im Jahr 2008 nahmen insgesamt 15,6% der Familien nur die Teilung der Bezugsdauer in Anspruch.
25 BSFSFJ (Hg.): Evaluationsbericht. Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz 2009, August 2009, S.19-

26 Ob Menschen sich als Gewinner_innen oder Verlierer_innen der Konkurrenz herausstellen, hängt beileibe nicht von ihnen persönlich ab.
27 Nicht leisten kann der Text den Nachweis, warum und in welcher Weise der demokratische Staat auf das Kapital verwiesen ist und umgekehrt. Im Text ist aber bis jetzt gezeigt worden, wie der Staat - mit leichten parteipolitischen Differenzen, aber in der Stoßrichtung weitgehend vereint - bestimmte geschlechtsspezifische Ungleichverteilungen bei den Arbeitskräften ändern will und zwar nicht gegen, sondern im Sinne des Kapitals und seinen Bedingungen für den Einsatz der Arbeitskraft.

3. Über (Chancen-)Gleichheit und Freiheit, den persönlichen Präferenzen nachzugehen

Die Förderung von Chancengleichheit heißt, die Menschen unter gleichen Voraussetzungen loslaufen zu lassen und zu schauen, wie sie sich in der Gesellschaft der rechtlichen Gleichheit und Konkurrenz so machen. In dieser werden sie am gleichen Maßstab gemessen, wobei notwendigerweise Unterschiede - Gewinner_innen und Verlierer_innen - herauskommen. Notwendigerweise, weil alle Menschen verschieden sind und tendenziell die/der_jenige, die_der für eine bestimmte Aufgabe die besseren Voraussetzungen mitbringt, gewinnt. Wer dann bei welcher Aufgabe gewinnt oder verliert, hängt nicht von ihnen persönlich ab: Niemand ist ihres oder seines eigenen Glückes Schmied - Erfolg oder Misserfolg hängt von zahlreichen Bedingungen ab, auf die sie keinen oder nur bedingt Einfluss haben. Für die materielle Reproduktion ist das Bedürfnis der Unternehmen nach passender Arbeitskraft entscheidend. Wenn mensch da nicht drunter fällt, hat mensch einfach Pech gehabt.

Unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise sind in dieser Gesellschaft fernab ihrer Individualität die Menschen alle rechtlich frei und gleich. Das heißt, die Menschen sind alle gleichermaßen frei, ihre Arbeitskraft verkaufen zu können – es materiell aber zu müssen. Der Angriff auf die Bedingungen des Lebens ohne und eben verstärkt mit Kind bleibt bestehen. Dies stellt eine besondere Härte für diejenigen dar, die entweder finanziell angewiesen sind auf einen anderen Menschen (und dessen Erwerbstätigkeit) oder wegen des Kindes Abstriche machen, was ihre berufliche Entwicklung angeht. Später heißt letzteres, häufig eine Doppelbelastung: sich vor, neben und nach der Arbeit um die Kinderbetreuung und damit einhergehende Hausarbeit zu kümmern.

Schlimm genug - aber leistet das Elterngeld nun einen Beitrag zur Chancengleichheit und Gleichstellung von sogenannten Männern und Frauen? Erstens müsste das bedeuten, dass „Kind haben“ für Frauen nicht mehr einen größeren Nachteil in der Konkurrenz um Arbeitsplätze bedeuten würde als für Männer. Und zweitens müssten sich demnach Männer im gleichen Maße wie Frauen für das (gemeinsame) Kind verantwortlich zeigen und - eine Paarbeziehung unterstellt - genauso selbstverständlich die Reproduktionstätigkeiten (mit-)übernehmen.

Die rechtliche Gleichheit trifft auf bestimmte Menschen, die von sich aus einzigartig sind und sich frei mit Wille und Bewusstsein auf ihre Umgebung beziehen. Sie werden jedoch in eine Gesellschaft hineingeboren und erst in dieser sozialisiert, die bereits nach bestimmten Prinzipien geregelt ist und funktioniert. Das heißt, dass sie sich in ihrem Selbstverständnis auf gesellschaftliche Sortierungen und Normen gründen (beim Übertreten dieser möglicherweise Sanktionen erfahren), sich diese aneignen bzw. sich in diesem Sinne zu zurichren), sich diese aneignen bzw. sich in diesem Sinne zu zurich „wesensmäßig“ dazugehören soll. Dazu gehört bspw., dass „Frauen“ wegen ihrer zugeschriebenen Eigenschaften (Selbstzurücknahme, Fürsorge etc.) eher für die Erziehung eines Kindes geeignet seien. Und spätestens bei der Geburt eines Kindes sehen sich auch „emanzipierte“ sogenannte Frauen mit dem Bild der „Mutterschaft“ konfrontiert. Denn bei aller Flexibilisierung der Rollenbilder und neuer identitärer Offenheit gründet sich dies häufig auf die Vorstellung, es bestehe eine besonders enge Bindung zwischen „Mutter“ und „Kind“.[28] Das Neue dabei ist, das heute als weitverbreitete, aber auch immer wieder aus bestimmten Ecken kritisierte Losung gilt: „Gute Mütter arbeiten.“ Dies ändert jedoch nichts Grundlegendes an der Vorstellung der besonders engen Bindung, sondern füllt sie nur mit anderen Anforderungen – nämlich die notwendige Fürsorge in der Kindererziehung zeigen und in der Konkurrenz bestehen.

Mit Bezugnahme des Elterngeldes müssen Paare bei Geburt eines Kindes kalkulieren, auf welches Einkommen anteilig verzichtet werden kann. Da es sogenannte Frauen sind, die im Schnitt weniger verdienen, bietet es sich dann auch noch ökonomisch an, dass auf ihr Einkommen verzichtet wird. Auch bleibt der gleiche Maßstab des Kapitals in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit nach wie vor bestehen. Also ist durch die Verkürzung der Auszeit kaum etwas von den Nachteilen in der Konkurrenz genommen, die eine Auszeit generell bzw. ein Kind mit sich bringen. Bei einer gemeinschaftlichen Planung kann es also als sinnvoller erachtet werden, wenigstens eine Karriere richtig zu befördern, als zwei nur so halb. Außerdem ist dadurch nach wie vor nicht attraktiv für sogenannte Männer, das Kind zu betreuen und Einschnitte in Bezug auf ihre berufliche Entwicklung in Kauf zu nehmen. Da also das Elterngeld mit seinen geschlechtsneutralen Formulierungen an alle den gleichen Maßstab anlegt, festigt es eher die geschlechtsspezifische „Arbeitsteilung“, als dass es sie aufhebt.

28 Ob diese Bindung und Eigenschaften nun per Natur, Entwicklungspsychologie oder Sozialisation erklärt werden und auch wenn sie empirische Bestätigung erfahren, es bleibt insofern falsch, dass sie irgendetwas mit dem „Frau“-Sein an sich zu tun haben bzw. unveränderlich seien.

Arbeiterklasse ohne Arbeit

TEIL 2

[Text: Kurt Wildemayer]

Dieter tauschte den Lebensentwurf des Soldaten mit dem des Arbeiters. Die von ihm aufgebauten gedanklichen Systeme übertrug er in seinen neuen Lebensentwurf, die genauen Gründe hierfür sind nicht bekannt. Sein Leben bestand weiterhin aus Zahlen, Zeitmessungen, Rechnungen.

Sparen, Verdienen, Garantieanspruch, Kreditlinie. Einmal die Woche zusammen mit der Frau Einkauf. Jede Woche, immer der Einkauf, danach immer Hähnchendönerteller für 6,70 – da kannst du eben nichts gegen sagen.

Sein Leben: Haushalt, Beziehung, Heimkino – Dreischicht.

Wir arbeiteten wochenweise im Wechsel, Früh also von 05:30 bis 13:30, Spät von 13:00 bis 21:00 und Nachts von 22:00 bis 05:30, wobei immer die Option bestand, entweder eine Stunde früher zu beginnen oder eine später aufzuhören. Überstunden wurden mit 25% Zulage vergütet, wobei pro Monat 52 Überstunden nicht überschritten werden durften. Samstags konnte optional gearbeitet werden, wobei die Vergütung hierbei 100% + 25% also 124% betrug. Erklecklich. Da vieles noch nicht angeglichen war an den globalen Arbeitsprozess durften wir während der Arbeit rauchen, jedoch nicht mehr trinken. Trinken war von der Berufsgenossenschaft, kurz: BG, im Zusammenhang mit 11 Flaschen Bier Nachtschicht und der Metallpresse verboten worden. Wie dem auch sei.

Natürlich, wie kann aus Dieter eine Geschichte werden. Natürlich.

vierte Seite: Spannungsbogen durch Monotonie. Täglich

Ich war immer pünktlich, Dieter immer zwanzig min. zu früh. Dies war eine seiner Aufgaben, zu früh zu kommen – einen guten Eindruck hinterlassen, Vorschicht überwachen, ersten Kaffe trinken.

Vorschicht überwachen nahm er in sein Programm auf, nachdem für ihn die falschen Schrauben hingerichtet wurden, er sie verbaute, siebzig Pumpen produzierte und dieses Tagewerk dadurch vernichtet wurde, dass es die falschen Schrauben waren, die sich dann festfraßen, die dadurch entstandenen Lecks erst bemerkt wurden, als die Pumpen in Spanien in schweres Baustellengerät eingebaut waren und dieses dann versucht wurde in Betrieb zu nehmen. Der Fehler fiel erst so spät auf, da die Jungs aus dem Prüfstand Dieters Pumpen grundsätzlich nicht prüften, sondern stets einfach auslieferten. Seither überprüft Dieter Schrauben und alles andere Gerät vor Arbeitsbeginn.

Simpler Zeitgenosse, doch wusste er, dass Vergeltung nur zu mehr Vergeltung führt. Dies hatte er beim Bund gelernt und so pflegte er zu sagen, seien die Streiche hier ziemlich lächerlich, verglichen mit Streichen bei denen scharfe Munition im Spiel sei.
Seine Vergeltung erfolgte. Sie erfolgte nur für ihn. Durch seine von ihm entwickelten Zeitsysteme. Er stoppte alle Wegzeiten und wusste genau, wann wir durch welche Tür treten mussten um direkt vor dem Kantinenaufgang aus der Maschine herauszutreten, die Treppe hinauf zu gehen, exakt 20 sec bevor die Wurst aus Blaumännern den Treppenaufgang erreicht und ihrerseits nach oben strömt.

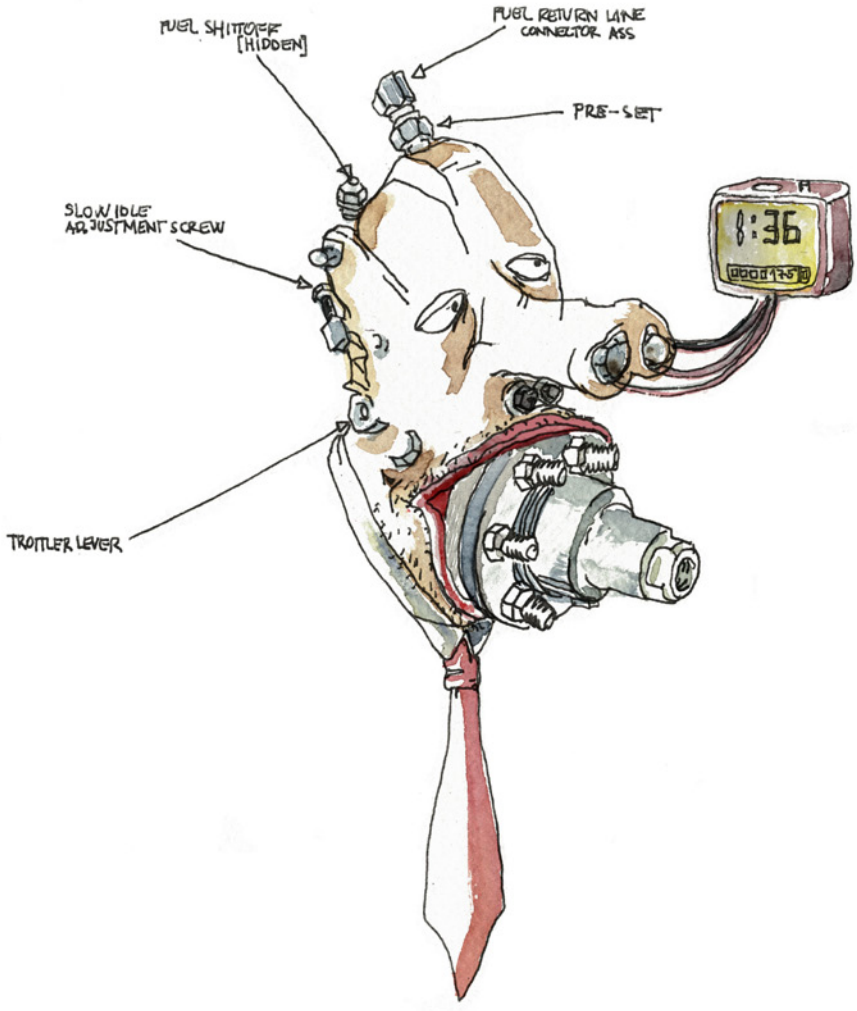
Ich setzte mich an den Tisch, täglich der Selbe und Dieter stand in oder genauer gesagt vor der Schlange, die er täglich anführte. Er bestellte täglich zwei Scheiben Leberkäse, einen Berg Spätzle und ließ, jedoch nicht bevor er noch um etwas mehr Spätzle gebeten hatte, alles in braune Soße tränken.
Essen nicht reden. Nach 7,5 min war er fertig – ich immer aufs Neue beeindruckt. Die Anderen hassten ihn und betrachteten ihn als den Wahnsinnigen, der er vielleicht auch war. Er stellte sein Tablett zurück und ging wieder hinunter zur Maschine, wo er die restlichen 21 min der Pause auf einem der Hocker verbrachte. Er saß immer auf dem Einen der beiden Hocker, rückte diesen immer an denselben Platz, blickte dann immer in denselben Winkel. So saß er dann. Außer Mittwochs und Donnerstags, denn dann las er HeimKino Magazine, die er immer Dienstags kaufte und wovon er drei pro Woche las.

zweiter Teil zu: vierter Teil. Spannungsbogen durch Monotonie täglich.

Zeit war und ist alles. Wir wurden dafür bezahlt, Pumpen zu montieren gewiss, doch es ging nur um Zeit.

Wir arbeiteten nach Plan, mit vorgegebenen Arbeitsabläufen und Teilen. Typ: ME45, Steuerungsventil senkrecht angebracht, 37 bar bei 2700 Umdrehungen die Minute und jeweils so und so viel Fördermenge. Pumpen. Individuell eingestellt pro Kundenwunsch. 300 Mal das Gleiche, individuell eingestellt, hiervon 30 – 70 Stück pro Schicht, drei Schichten am Tag. Blabla, wir kamen, stempelten ein, gingen, stempelten aus. Wir arbeiteten, hörten Meetings über Nenndruck, Konstruktion und das WIR Gefühl in der Braunhaus Familie – doch dachten die Meisten nur an Stempeln. Sollseite Habenseite, Minuten Stunden, noch Schulden Einfordern. Auf die Minute bestellt – exakt 5 min vor Schichtende machten wir uns auf den Weg, der 61 sec dauerte, um dann die restlichen 3 min 59 sec in der Schlange vor dem Stempelgerät zu warten.

Wir wurden gestoppt, täglich. Von der Maschine, die Grafiken erstellte, Bewegungsdiagramme anbot. Dieter wirkte zwanghaft, weil er stets, täglich zur ziemlich exakt gleichen Zeit ziemlich exakt das Selbe tat.



Wir, in unseren Blaumännerlatzhosen mit Aufdruck unseres Namens und unserer Nummer, wurden einmal jährlich besucht von einem Zeitingenieur, dessen Tätigkeit darin bestand uns zu Anfang der Schicht die Hand zu geben, um uns dann den Rest der Schicht zu protokollieren.

Wir arbeiteten und er stand hinter uns, stoppte einzelne Arbeitsschritte, zählte Toilettengänge und trug alles in seine Listen ein. Ich war interessiert und versuchte mich mit ihm zu unterhalten, doch die Anderen, auch Dieter erklärten mir, ich müsse verstehen auf welcher Seite ich stünde, Anzug oder Blaumann, wir und die Hunde. Sie erklärten mir, dass unsere Sollzeiten auf Grundlage der Daten, die dieser Typ, der vielleicht Karl-Heinz hieß und sicherlich in Furtwangen Ingenieursgesachere studierte, erarbeitet wurden. Er war dazu da den Arbeitsablauf zu optimieren. Wenn er kam, arbeiten alle so langsam wie nur irgendmöglich. Es gab zwei Sorten von uns. Festvertrag und Zeitvertrag. Festvertrag hieß meist, dabei seit Anfang des Industriebooms, quasi unkündbar montierten sie dieses eine Modell der Pumpe von Anfang an und da hätte jetzt niemand zu kommen um ihnen zu erklären wie sie ihr Handwerk auszuführen hätten – schon gar nicht ein Typ der vielleicht Karl-Heinz heißt, einen Anzug trägt und ziemlich sicher in Furtwangen Ingenieursgesachere studiert hatte. So einer nicht. Der andere Teil, Zeitvertrag, kündbar, um guten Eindruck und Übernahmevertrag bemüht, meist jung und abhängig vom Geld. Hatten die meisten zwar noch keine Familie zu ernähren, doch waren da der Kredit für das Auto, die Flatrate fürs Handy, fürs Kino, Sommer - und Winterreifen, dazu im Sommer Alufelgen, im Winter Stahlfelgen und die neue Couchgarnitur war auch noch nicht bezahlt. Kurzum, sie taten was ihnen aufgetragen wurde (fast alle) in der Hoffnung, weiterbeschäftigt zu werden. Dieter war in einer ähnlichen Situation wie der andere Teil, aber es unterschied sie die Herangehensweise. Er erkannte den Zusammenhang zwischen dem Ingenieur, den Sollzeiten und seiner Vertragsverlängerung. Auch erkannte er, die Handlung müsse subtil sein. Und während in anderen Teilen der Fabrik mit Gabelstaplern gegen Maschinen gehandelt wurde, auf dem Klo getrödelt und Durchfall simuliert wurde, der Widerstand also groß ablief, bewegte Dieter sich im Kleinen. Der Ingenieur sah uns nur arbeiten, reparieren, einstellen, putzen, aufträumen. Er verbrachte etwa eine Stunde bei uns und ging dann zu den Anderen, wo bereits die ganze Zeit mehr oder weniger gearbeitet wurde, jetzt gerade aber Kaffeepause war. Der Ingenieur hatte den Eindruck hier würde täglich herumgesessen, dies notierte er in seine Listen, während wir auf unseren ölverschmierten Hockern saßen und ihn durch einen Kuckspalt beobachteten. Ich rauchte meist, wir beide nippten an Kaffe, Zeit.

Aus dieser einen Richtung gab es diesen einen Weg zu uns und von der von uns überwachten Stelle zu uns, das wusste Dieter, brauchte man meist zwischen 21 und 43 sec. Genug Zeit also, um den Kaffe wegzustellen, aufzustehen, sich über offene Pumpengehäuse zu beugen – die Hände hineinsteckend, so als würde man darin irgendetwas montieren.

Eine weitere Proletarierromantik aus Sicht eines Studenten geschrieben, der die ach so harte Arbeitswelt kennengelernt hat, brauchen wir nicht. „Ich bin ebenfalls bodenständig, darf über andere Menschen denken, studieren, berichten." Skandalös. „Ich hab auch mal am Band gearbeitet in den Sommerferien." Eklig.

Ich verbrachte zehn Monate mit Dieter, schreibe und lese natürlich, um etwas Spannendes zu erzählen und wohl auch dafür bewundert zu werden, theoretisch.
Doch das eigentlich Interessante ist die Position und Haltung zum System, dem Umgang damit. Dieter lebte in der Maschine, im System. Über die Zeit wurde er selbst zu einer Maschine und erschuf sich sein eigenes System.

Kleine Siege, errungen, abgetrotzt. Eigentlich schon verloren und in Gefangenschaft, doch ha! Noch habt ihr nicht gesiegt. Täglich der Erste in der Essenschlange, genau vorbereitet sein. Zeit gewinnen, paradoxerweise diese Zeit auf einem kleinen ölverschmierten Hocker zu verbringen und über HeimKino nachzudenken. Unsere Anstrengungen mit dem Zeitingenieur waren so subtil, dass er, der Karl–Heinz hieß, unsere Sollzeit um 27 sec anhob. 27 multipliziert mit dem Schichtsoll von 70, ergeben exakt 31,5 min gewonnener Zeit. Über die Zeit hatte Dieter so mittlerweile exakt 54 min erwirtschaftet, die er täglich auf dem Hocker saß. Die kleinen Siege. System im System. Um das nun abzukürzen, es geht schließlich um Zeit. Dieter und ich verbrachten zehn Monate gemeinsam im Herz der Maschine, Dieter und mir wurde wie acht weiteren von uns zwanzig Zeitis unbefristete Verträge angeboten. Ich lehnte ab, Dieter nahm an.

Er wusste, es war wegen seiner Tricks, den kleinen Siegen. Gute Sollzeiten, wenig Fehltage, stets gutes Erscheinen. Wir sind alle kleine Rädchen, das wussten auch die Anderen die mir an einem meiner letzten Tage erzählten, dass der Dieter der Spinner nur übernommen wurde, da sein Schwiegervater Grossaktionär der Firma war.

Dieter X. Der Spinner. Arbeiterklasse ohne Arbeit.

Bewunderung? Arbeiter Student Maschine Zeit Leere. Ende Dieter.

JUNGE LINKE
GEGEN KAPITAL UND NATION

SOMMERCAMP NORD
26. Juli - 2. August
Niedersachsen

SOMMERCAMP SÜD
22. - 26. August
Ba-Wü/Bayern

Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion,
Freibad/Tümpel und Argumente.
Täglich mehrere Workshops, die wie im „echten Leben"
in Konkurrenz stehen zu Schwimmen, Schlafen, Spazieren,
Kicken und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).

MEHR INFOS UNTER:
WWW.JUNGE-LINKE.ORG

PUT YOUR SCHLEGEL IN MY KANT

Von der hohen Warte unter die Gürtellinie:

LICHT

WOLF

Die neue Moralische
Quartalsschrift alter Schule

Alle drei Monate neu mit der
Extraportion Philosophie – so
wertvoll wie ein kleines Steak!

Die Zeitschrift trotz Philosophie. Zu beziehen über www.lichtwolf.de

http://audioarchiv.blogsport.de
http://www.ubu.com
http://www.si-revue.de
http://www.rote-ruhr-uni.com
http://www.junge-linke.org
http://www.umsganze.org
http://www.icritics.blogsport.de
http://www.strassenauszucker.blogsport.de

„Trittsicherheit bedeutet beim Wandern bzw. Bergsteigen, dass man sich im unwegsamen Gelände sicher bewegen kann. Hierzu müssen die koordinativen Anforderungen erfüllt werden, zudem sind Kraftreserven und eine ausreichende Wahrnehmung des Geländes erforderlich."

(http://de.wikipedia.org/wiki/Trittsicherheit)